Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

15. JAHRGANG • NR. 99 **August 2016**

STANDPUNKT

2 Europa nach dem Brexit-Votum

WAHLKREIS

3 WDR-Besuch mit Frank Plasberg
3 Historisches Programm in Bonn
4 Gespräch mit Flüchtlingshelfern
5 Vortrag bei „Digital Durchstarten“
6 Traditionstreffen Porzer Karneval und SPD
7 Wanderung durch die Wahner Heide
8 Besuchergruppe in Berlin
10 Stadtteil-Fotosafari

SPD

11 SPD-Programmkonferenz zu „Arbeit“
12 Gastbeitrag von Manuela Schwesig: „Zuversicht statt Angst“

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 11.7.2016

BUNDESTAG

15 Integrationsgesetz
16 Debatte zum Brexit-Referendum
17 Verbot des unkonventionellen Frackings
18 Beschluss und Bundestagsrede zum Kulturgutschutzgesetz
19 DigiNetz-Gesetz
21 EEG-Novelle
22 Verschärfung des Sexualstrafrechts
23 Prostitutionsgesetz
24 Deutsche Welle auf gutem Kurs
24 Aufarbeitung der SED-Diktatur
25 Gesetzentwurf zum Urhebervertragsrecht
25 Gespräch mit Studierenden der Uni Bonn
26 Altersvorsorge für Rundfunkschaffende

INFOS UND IMPRESSUM

28 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2016

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Was für ein Schlamassel! Europa nach dem Brexit-Votum

Wir leben in politischen Zeiten, in denen vieles Realität oder möglich geworden ist, was eine **gute Zukunft erschwert**. Inzwischen kann man nicht einmal ausschließen, dass wir Ende des Jahres einen amerikanischen Präsidenten **Trump** bekommen, der Ressentiments an die Stelle politischer Konzepte setzt. Egozentrische Autokraten wie **Putin** oder **Erdogan** sind ebenfalls unberechenbar.

Umso wichtiger wäre es, dass die **Europäische Union** ein Hort der Vernunft ist. Doch was für ein **Schlamassel*!** Mit dem Brexit-Votum haben die Briten den ohnehin schon großen Herausforderungen eine weitere – ziemlich überflüssige – hinzugefügt.

Die **Protagonisten des Brexit** haben sich bei ihrer Kampagne vor Lügen nicht gescheut und inzwischen ebenso aus der Verantwortung gestohlen wie Premier **Cameron**, der das Referendum aus innenpolitischen Gründen angezettelt hat. Es ist fatal, dass es für eine so grundlegende Frage, die vier Jahrzehnte EU-Mitgliedschaft beendet, kein angemessenes Quorum gab, wie etwa bei uns bei einer Verfassungsänderung.

Der knappe Wahlausgang hinterlässt nun eine **gespaltene Nation**: zwischen Engländern und Walisern einerseits und Schotten und Nordiren andererseits. Oder zwischen Alt und Jung. Beide Seiten haben mehrheitlich jeweils anders votiert. Sollte in **Schottland** eine Volksabstimmung zur Abspaltung führen, wäre das Königreich nicht länger vereinigt.

Wer weiß schon, ob die **Stimmung in der Bevölkerung Großbritanniens** nicht in zwei Jahren eine ganz andere ist. Wird dann eine britische Regierung, den nächsten Unterhaus-Wahltermin schon vor Augen, den Austritt am Ende auch tatsächlich vollziehen wollen? Wie treffend passt hier das durch Reich-Ranicki bekannte Zitat aus Brechts „Der gute Mensch von Sezuan“: „Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen: Den Vorhang zu und **alle Fragen offen**.“

Es ist verständlich, dass die **EU-Kommission** darauf drängt, dass Großbritannien das Austrittsschreiben möglichst bald nach Brüssel schickt, um Klarheit zu haben. Auf der anderen Seite: Hierdurch wird ja erst der Startschuss für zweijährige Verhandlungen gegeben, bei denen noch viel passieren kann. Also sollte man gelassener sein. Und es ist durchaus richtig, dass diese – historische – Nachricht erst von der neuen **Premierministerin** auf den Weg gebracht wird. Sie muss schließlich anschließend verhandeln.

Das **Tor zu Europa** sollte den Briten nicht endgültig zugeschlagen werden. Das wäre schon mit dem europäischen Anspruch der Wertegemeinschaft und guten Freundschaft nicht vereinbar. Klar ist: es darf **keine Rosinenpickerei** geben, damit Präzedenzfälle vermieden werden. Sollten sie Zugang zum freien Warenverkehr haben wollen, müssen die Briten auch die Personenfreizügigkeit und anteilige Zahlungen akzeptieren. Aber diese Option könnte – unter den gegebenen Umständen – in beiderseitigem Interesse sein.

Was ist nun im verbleibenden Teil der EU zu tun? Soll man auf weitere Vertiefung setzen? Oder im Gegenteil den Nationalstaaten mehr Freiheiten einräumen? Für beide Richtungen gibt es in der europäischen Familie Stimmen und Stimmungen. Wer Europa zusammenhalten und nicht weiter spalten will, muss dies berücksichtigen. Man wird also eher noch variabler als bisher agieren müssen. In jedem Falle muss man aber **das europäische Projekt** offensiv verteidigen und neue Impulse setzen.

Sigmar Gabriel und **Martin Schulz** haben in einem gemeinsamen Namensartikel **Reformen** gefordert und Vorschläge hierfür unterbreitet. Als maßgebliche **Kriterien** nannten sie, dass

- es in Europa wieder Wachstum und wirtschaftlichen Aufschwung gibt und es gerechter zugeht,
- Europa sich um die Gestaltung der Zukunftsaufgaben kümmert,
- es demokratischer und transparenter wird und
- es seinen Beitrag zu einem nachhaltigen Frieden und zu mehr Sicherheit im Inneren leistet.

Das gilt es nun konsequent anzupacken.

Herzlichst

***Schlamassel**: Laut Duden eine „schwierige, verfahrene Situation, in die jemand aufgrund eines ärgerlichen Missgeschicks gerät“*

WDR-Besuch mit Martin Dörmann

Diskussion mit Frank Plasberg und Studioführung

Martin Dörmann lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger am **Dienstag, 30. August, von 15:00 bis 17:00 Uhr** zu einem gemeinsamen Rundgang durch Radio- und Fernsehstudios sowie das Sendezentrum des WDR ein.

Unter fachkundiger Führung wird ein Einblick in die Welt der Medien gegeben. Als besonderes Highlight wird die Gruppe in diesem Jahr im Studio von „hart aber fair“ auf **Frank Plasberg** treffen, um mit ihm eine Stunde lang über seine Arbeit und die Sendung zu sprechen.

Eine **Anmeldung** ist unbedingt erforderlich, da nur eine begrenzte Anzahl von Personen an der Führung teilnehmen kann. Anmeldungen bitte mit Angabe der Kontaktangaben bis zum **22. August** im Wahlkreisbüro Porz unter martin.doermann@wk.bundestag.de oder 02203-52144. Da wir leider nur 50 Personen mitnehmen können, werden wir die Teilnehmer/innen nach Eingang der Anmeldungen in eine Liste aufnehmen. Den Besuch werden wir vorher gesondert bestätigen und dabei den genauen Treffpunkt mitteilen.

Historisches Programm im Haus der Geschichte in Bonn

Besuchergruppe zwischen Filmgeschichte und Kanzlerbungalow

Auf Einladung von **Martin Dörmann** besuchten Ende Juni rund 40 Kölner/innen das „Haus der Geschichte“ in Bonn. Dort ist der Abgeordnete Mitglied im Kuratorium. Empfangen wurden die Gäste vom Präsidenten der Stiftung **Prof. Dr. Hans Walter Hütter**, der einen kurzen Einblick in die Historie des Hauses und die Ausstellungen gab.

Mit einer fachkundigen Führung ging es zu den gut 7000 Exponaten der Dauerausstellung. Sie veranschaulichen das Leben im Deutschland von der Nachkriegszeit bis heute. Ein alter VW-Käfer oder der erste Farbfernseher ließen die Teilnehmer/innen schmunzeln und in Erinnerungen schwelgen.

Ein Besuch in der Sonderausstellung „Inszeniert – Die Deutsche Geschichte im Spielfilm“ zeigte, wie Filme und ihre Vermarktung öffentliche Diskussionen über historische Ereignisse initiieren oder verschieben und die Sicht auf Personen und Ereignisse beeinflussen.

Highlight der Tour war der Rundgang durch den ehemaligen Kanzlerbungalow. Das architektonisch außergewöhnliche Gebäude diente Regierungschefs von 1964 bis 1999 als Wohnung und zu Repräsentationszwecken. Hier empfingen deutsche Bundeskanzler von Ludwig Erhard bis Helmut Kohl ihre Gäste aus aller Welt. Ein Teilnehmer fasste das Programm am Ende wie folgt zusammen: „Das war sehr interessant, informativ und beeindruckend.“

Gespräch mit Flüchtlingshelfern und dem Flüchtlingskoordinator

Schnelles und konzeptionelles Handeln der Stadt gefordert

Trafen sich, um über die Bewältigung der Flüchtlingszahlen zu sprechen (v.l.): Thomas Hölsken, Paria Heidari, Gabriele Matzantke, Martin Dörmann, Kemal Sovuksu, Ingamr Steinike, Anna Kass, Jürgen Auth, Marita Bosbach, Hans Oster (Flüchtlingskoordinator der Stadt Köln), Christian Elm-Hartwig, Tanja Harting und Tanja Schmieder

„Wir sind nicht mehr bereit, unhaltbare Zustände mitzutragen. Wir brauchen endlich eine klare zeitliche Perspektive, wann die Flüchtlinge angemessen untergebracht werden!“ Es waren deutliche Worte, die der Flüchtlingskoordinator der Stadt Köln **Hans Oster** (Foto unten) von meist ehrenamtlichen FlüchtlingshelferInnen zu hören bekam. Sie waren einer Gesprächseinladung von **Martin Dörmann** und **Thomas Hölsken**, dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Porz-Mitte, in die „Glashütte“ gefolgt. Eindrucksvoll berichteten die HelferInnen von Einrichtungen, in denen Flüchtlinge über Monate ohne jegliche Intimsphäre untergebracht seien, was zwangsläufig zu Frust und Problemen führe. Es müsse nun schnell gehandelt werden.

Hans Oster gab seinerseits einen offenen Einblick in die großen Herausforderungen, vor denen er als städtischer Flüchtlingskoordinator steht. Trotz der bundesweit sinkenden Zahlen gäbe es für Köln keinen Entspannungsmodus, zumal auch anerkannte Asylbewerber in die Domstadt drängten. „Wir brauchen einen realistischen Fünfjahresplan, der die absehbaren Zahlen berücksichtigt.“ Er machte wenig Hoffnung, dass sich kurzfristig an der Belegung von Turnhallen etwas ändern ließe, wobei jedem bewusst sei, wie problematisch diese Notlösung sei. Es gelte, die Verwaltungsaufstellung deutlich zu optimieren, damit alle Ämter mitzögen.

Das Treffen stieß bei allen Beteiligten auf große Zustimmung und soll eine Fortsetzung erfahren. Martin Dörmann kommentierte es so: „Wir können dankbar für alle Menschen sein, die sich für die Flüchtlinge engagieren. Jetzt kommt es aber entscheidend darauf an, dass innerhalb der Stadt alle Dezernate an einem Strang ziehen. Nur so werden wir die riesigen Herausforderungen meistern können. Dabei wünsche ich Hans Oster viel Glück und Durchsetzungsvermögen.“

Besuch in Brücker Flüchtlingsunterkunft

Regelmäßig besucht **Martin Dörmann** Flüchtlingsheime in seinem Wahlkreis. Ende Juni war er zu Gast in der Brücker Flüchtlingsunterkunft Broichstraße. Die beiden Betreiber **Mario Ascani** und **Galip Basaran** führten ihn durch die vorbildliche Einrichtung und erzählten von unverständlichen Problemen mit der Bauaufsicht. Bei dem anschließenden Gespräch mit Flüchtlingen über ihre Herkunft und Flucht zeigte sich der Abgeordnete sehr bewegt über die persönlichen Schicksale.

Vortrag von Martin Dörmann bei der Initiative „Digital Durchstarten“

Den Mittelstand fit machen für die digitale Welt

Am 29. Juni gastierte die Initiative „Digital Durchstarten“ in Köln. Sie soll dem Mittelstand helfen, sich für die digitale Welt fit zu machen. Über 400 Unternehmerinnen und Unternehmer waren dem Ruf der Veranstalter – der IHK Köln, dem Magazin Impulse und Facebook – gefolgt. Sie wollten mehr darüber erfahren, wie sie die Digitalisierung ihres Unternehmens anpacken können.

Zu Beginn hielt **Martin Dörmann** als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion einen viertelstündigen Vortrag über die digitale Infrastruktur in Deutschland und die weiteren Pläne zum Breitbandausbau. Im Rahmen der Veranstaltung äußerte er sich auch zu den Herausforderungen und den Chancen der Digitalisierung und dazu, welche Ziele die Bundesregierung für die nächsten Jahre verfolgt.

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen berge die Digitalisierung zahlreiche Herausforderungen – aber auch viele Chancen, so Dörmann: „Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und die deutsche Wirtschaft wird sich zunehmend digitalisieren. In Zukunft wird es beispielsweise neben Industrie 4.0 viel mehr branchenübergreifende digitale Dienste geben, auf denen gänzlich neue Geschäftsmodelle möglich werden.“ Für die Wirtschaft sei die Digitalisierung des Mittelstandes und die Qualifizierung der Mitarbeiter in den Unternehmen besonders wichtig, denn davon hängen auch die Zukunftschancen des Standortes ab.

Digitalwirtschaft und Mittelstand müssen gemeinsam Konzepte und Lösungen für die digitale Transformation entwickeln. Das ist laut Dörmann besonders dann effektiv, wenn die Digitalwirtschaft verstärkt die Kommunikation mit KMU sucht. „Unsere Sorge ist, dass ein Teil der KMU in Fragen der Digitalisierung noch sehr zögerlich ist. Aber wenn das von Seiten der Digitalwirtschaft verstärkt werden kann und digitale Strukturen schafft, wird die Politik es leichter haben, Deutschland zum digitalen Standort Nummer eins in Europa zu machen.“

Bei der IHK Köln hielt Martin Dörmann vor rund 400 Vertretern kleiner und mittelständischer Unternehmen eine Keynote zum Thema digitale Infrastruktur

→ **Der Vortrag und weitere Interviews mit Martin Dörmann sind abrufbar unter: www.facebook.com/business/e/digital_durchstarten_martindormann**

Traditionelles Treffen des FAS Porzer Karneval und der PorzSPD

Martin Dörmann und Jochen Ott bekamen „Rote Listen“ als Aufgabenbuch

Als sich pünktlich zu Beginn der Veranstaltung die Sonne zeigte, hätte die Laune der über 70 Gäste nicht besser sein können. Bereits zum sechsten Mal hatten FAS-Präsident **Stephan Demmer**, MdB **Martin Dörmann** und MdL **Jochen Ott** unter dem Motto „Porzer Karneval meets Rote-Socken“ Freunde, Familien und Unterstützer auf den Bauspielplatz Senkelsgraben eingeladen. In familiärer Atmosphäre trifft man sich dort zum gemeinsamen Grillfest des Festausschusses Porzer Karneval und der Porzer SPD.

Nachdem sich alle Gäste am reichhaltigen Buffet gestärkt hatten, eröffnete Stephan Demmer mit einer launigen Rede den Abend. Er lobte die gelungene Zusammenarbeit von Politik und Karneval in Porz. Damit „die Hütte auch immer sauber bleibt“ überreichte er den beiden Abgeordneten Fußmatten mit dem Spruch „Porz – He ben ich zuhus“. Außerdem sollen Dörmann und Ott immer ein offenes Ohr behalten und die Nöte, Sorgen und Anregungen der Porzer stets mit sich führen. Damit dies leichter fällt, gab es obendrein noch für jeden ein personalisiertes Notizbuch, zum Führen einer „Roten Liste“. Gleich mehrere Wünsche äußerte der FAS-Präsident selbst, darunter ein Haus des Porzer Karnevals. Als besonderes Highlight bat er anschließend das designierte Porzer Dreigestirn 2017 nach vorn, das diesmal passenderweise der KG Urbacher Räuber angehört, bei der auch Dörmann und Ott Mitglied sind: **Prinz Helmut (Engeln)**, **Jungfrau Melanie (Henn)** und **Bauer Hans (Brückner)**. Wie es inzwischen Tradition geworden ist, wird auch das neue Dreigestirn einen Tag zu Gast bei Dörmann im Bundestag sein.

Jochen Ott und Martin Dörmann ließen es sich natürlich nicht nehmen, ebenfalls ein paar Worte zu sagen. Sie bedankten sich bei den tatkräftigen Helfern rund um das Senkelsgraben-Team von **Marion und Karl-Heinz Tillmann**. Auch sie hatten ihrerseits Geschenke für die Karnevalisten im Gepäck.

„Porzer Karneval meets Rote-Socken“: Über ein gelungenes Treffen freuten sich das Porzer Dreigestirn 2017 mit Prinz Helmut, Jungfrau Melanie und Bauer Hans (vorne), MdL Jochen Ott, FAS-Präsident Stephan Demmer, FAS-Geschäftsführer Holger Harms und Martin Dörmann

FAS-Präsident und -Geschäftsführer sowie das Dreigestirn bekamen den Orden des „Traditionellen Angrillens“ verliehen. Überreicht wurde zudem die entsprechende Flagge in den Porzer Farben. „Aber eins ist klar, die Flagge muss nun jedes Jahr gehisst werden!“, fügte Martin Dörmann lachend hinzu.

Die Abgeordneten versprachen, sich in Land und Bund weiterhin erfolgreich für Köln und Porz einzusetzen: „Wir haben bereits viel erreicht, aber es ist noch viel zu tun.“ Aus diesem Grund wollen beide bei den Bundes- und Landtagswahlen 2017 erneut für ihren Wahlkreis kandidieren.

Gefeiert wurde danach noch bis in den späten Abend hinein. Alle waren sich einig: „Gute Traditionen sollte man aufrechterhalten - gerade wenn sie so schön sind!“

Wanderung durch die Wahner Heide

Mit Martin Dörmann und Jürgen Schumann durch die Nordheide

Zum mittlerweile neunten Mal lud **Martin Dörmann** Ende Juni zu einer gemeinsamen Wanderung durch die Wahner Heide ein. Dabei wurde er wie immer begleitet vom Journalisten **Jürgen Schumann**, einem ausgewiesenen Heidekenner und Dokumentarfilmer. Diesmal ging es in die Nordheide.

Während der Wanderung erläuterte Jürgen Schumann die Natur und so manche historischen Hintergründe. So begeisterte er damit wieder die ganze Gruppe. Martin Dörmann fand unterwegs Gelegenheit, die zahlreichen Fragen zum Brexit zu beantworten.

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin

Politische und historische Einblicke von Deutsche Welle bis Anne Frank

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war Mitte Juni wieder eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis vier Tage zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt und dem Wahlkreisbüro Köln organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen

Zur Einstimmung begrüßte Martin Dörmann die Teilnehmer/innen am Abend der Anreise auf einem Schiff zu einer gemütlichen Spreefahrt. In lockerer Atmosphäre und bei trockenem Wetter blieb genug Zeit für persönliche Gespräche. Berlin zeigte sich von der Wasserseite mit einem ganz anderen Gesicht. Highlights der Schifffahrt waren die Einblicke hinter das Kanzleramt mit der Brücke zum Helikopterlandeplatz der Kanzlerin oder der Blick auf die imposanten Gebäude der Museumsinsel.

Am nächsten Morgen ging es bei einer spannenden Diskussion mit Martin Dörmann um die Stimmungslage in der SPD, Erfolge in der großen Koalition und um wichtige Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Im Anschluss daran erwartete die Gruppe einen Vortrag über die Arbeit des Deutschen Bundetages sowie die Geschichte des Reichstages auf der Besuchertribüne des Plenarsaals im Reichstagsgebäude.

Nachmittags wurde die Gruppe von Martin Dörmann zu einem eigens von ihm und seinem Büro organisiertem Termin begleitet. Es ging zum Berliner Standort der Deutschen Welle. Als Verwaltungsrat und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion setzt sich der Abgeordnete für eine weitere Stärkung der Deutschen Welle ein. Der deutsche Auslandssender steht für globale Medienfreiheit und einen friedlichen Austausch der Kulturen. Die Gäste hatten die Möglichkeit, 15 Minuten vor einer Livesendung das neue Studio zu besichtigen und durften sogar einen Blick in den Newsroom der Deutschen Welle werfen.

Alex Mänz, Leiter der Public Affairs der Deutschen Welle, stand der Gruppe während des kompletten Besuches Rede und Antwort. Die Teilnehmer/innen waren begeistert von dem Termin, einer sagte: „Ich wusste gar nicht was die Deutsche Welle für eine wichtige Arbeit macht. Ich verstehe sehr gut, dass Martin Dörmann sich da so leidenschaftlich engagiert.“

Am selben Tag absolvierte die Gruppe den ersten Teil der Stadtrundfahrt durch die Bundeshauptstadt. Zunächst besichtigten sie den Ostteil der ehemals geteilten Stadt, am Morgen des nächsten Tages dann den Westen Berlins wobei die Teilnehmer viel über die Teilung und die Umgestaltung erfuhren. Immer wieder lockerte **Erik Natter** vom Bundepresseamt seinen Vortrag mit heiteren Anekdoten auf. „Es ist schon sehr beeindruckend, wieviel Wissen er abrufen kann, ich habe viel gelernt bei den Vorträgen“, so eine Teilnehmerin.

Gegen Mittag traf die Gruppe dann an den Hackeschen Höfen ein. Dort besuchten Sie das Anne Frank-Zentrum sowie die Blindenwerkstatt „Otto Weidt“ und machten einen Stadtspaziergang, der die jüdische Vergangenheit der Hackeschen Höfe zeigte. Das Anne Frank-Zentrum ist die deutsche Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam und erinnert mit Ausstellungen an das Mädchen und ihr Tagebuch. Das Museum „Blindenwerkstatt Otto Weidt“ erzählt die Geschichte des Besen- und Bürstenfabrikanten Otto Weidt, der während des Zweiten Weltkrieges hauptsächlich blinde und gehörlose Juden beschäftigte und vielen von ihnen das Leben rettete.

Später bekam die Gruppe in der „Kulturbrauerei“ Einblicke in den „Alltag der DDR“. Die Ausstellung zeigt das vielschichtige Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch des politischen Systems und der Lebenswirklichkeit der Menschen in der DDR. Das Museum in der Kulturbrauerei befindet sich im denkmalgeschützten Gebäude der ehemaligen Schultheiss-Brauerei, das die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als modernes Museum erschlossen hat.

Zum Abschluss des abwechslungsreichen Programms wurde kurz vor Abreise gemeinsam im Restaurant „Habel Weinkultur“ gegessen. Ein Teilnehmer aus Merheim nutzte die Gelegenheit und setzte sich kurzerhand ans Klavier, um der Gruppe zwei Lieder vorzuspielen. Insgesamt waren alle sehr angetan von der Fahrt. Doch als sie dann im Bus bei der Abfahrt für den Reiseleiter und den Busfahrer das Lied von Willi Ostermann: „Heimweh noh Kölle“ anstimmten, packte die meisten schließlich doch die Sehnsucht nach Köln.

Schülergruppe aus Wahn zu Gast in Berlin

Die Klasse 9a der Otto-Lilienthal-Realschule in Porz Wahn besuchte Martin Dörmann im Rahmen ihrer viertägigen Klassenfahrt zu einem Gespräch im Bundestag. Danach besichtigte die Gruppe den Plenarsaal und die Kuppel des Reichstages.

SPD-MdB wollen gemeinsame Arbeit fortsetzen

Die Kölner Bundestagsabgeordneten **Karl Lauterbach**, **Rolf Mützenich**, **Elfi Scho-Antwerpes** und **Martin Dörmann** (v.l.) haben angekündigt, erneut als Team für den Bundestag kandidieren zu wollen, um ihre erfolgreiche Arbeit für Köln fortzusetzen. Die KölnSPD nominiert ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundes- und Landtagswahlen 2017 Anfang November.

Katarina Barley beim Kölner CSD

CSD-Wochenende in Köln Anfang Juli: Auch in diesem Jahr wurde wieder von Hunderttausenden für Toleranz und vollständige Gleichstellung demonstriert. Beim Startschuss der Parade mit dabei: SPD-Generalsekretärin **Katarina Barley** (Mitte), die bei der starken SPD-Fußgruppe mitging. Ein besonderes Gedenken galt den Opfern des Anschlags von Orlando.

Fotosafari mit professioneller Unterstützung - Wer macht mit?

Stadtteil neu entdecken: Spezielles Angebot für Fotobegeisterte

Jochen Ott MdL und **Martin Dörmann** laden zu einer Fotosafari mit professioneller Unterstützung ein: Bei diesem Foto-Event beschäftigen sich die TeilnehmerInnen mit den Besonderheiten, die ein ausgewählter Stadtteil (Finkenberg) zu bieten hat. Wir wollen eine Geschichte erzählen mit unseren Bildern, Motive aufspüren und einen Blick hinter die Kulissen werfen.

Die Fotografie ist das Mittel unserer Wahl, mit dem wir ein Portrait eines Viertels oder eines Straßenzuges erfassen wollen. Am Ende unseres Einsatzes steht eine Reportage mit den besten Fotos des Tages und vielen kleinen Randnotizen, die beim Fotografieren und Gesprächen mit den Menschen vor Ort gewonnen wurden.

Je nach Gruppenstärke teilt man sich auf und erkundet die Gegend mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen. Während sich eine Gruppe um Straßenszenen kümmert, sich also mit der klassischen Streetfotografie beschäftigt, sind andere auf der Suche nach Details und besonderen Auszeichnungsmerkmalen. Dabei nähert man sich dem Stadtteil, entwickelt ein Auge für das, was einen Ort ausmacht und lernt, mit geschärftem Blick auf Motivsuche zu gehen.

Der Fototrainer **Stephen Petrat** ist die ganze Zeit mit dabei, gibt viele Tipps für die Umsetzung und hilft auch bei technischen Fragen. Das Event beschäftigt sich mit diesen Fragestellungen der Fotografie:

- Welche Motive sind interessant und wie setze ich ein Motiv gut in Szene?
- Das Auge. Was suche ich, wie gehe ich dabei mit System vor?
- Was braucht eine gute Reportage?
- Der Mensch: wie gehe ich mit den Personen um?
- Wie gehe ich bei den unterschiedlichen Aufgaben mit den Einstellungen meiner Kamera um? Was verwende ich wann und warum?

Richtig bei diesem Event sind Leute, die neue Seiten einer tollen Stadt kennen lernen wollen. Und nebenbei viel über das Fotografieren und die Erstellung einer Reportage erfahren möchten. Nach einer kurzen Einführung ins Thema Reportage und einer knackigen Inforunde zu Einstellungen und Kamerafunktionen geht es los auf der Suche nach tollen Motiven.

Dabei macht die Gruppe stark: Wo wir uns sonst nie zu fotografieren trauen, wird es auf einmal ganz einfach. Und eine Reihe netter, neuer Bekanntschaften machen wir an dem Tag auch noch.

Die Veranstaltung findet am **Samstag, den 24. September von 10 bis 16 Uhr** statt. Treffpunkt wird das **Bürgerzentrum in Finkenberg** sein. Jede/r TeilnehmerInnen entrichtet einen **Eigenanteil von 10 €,** für die Verpflegung an diesem Tag ist gesorgt. Da die Anzahl der TeilnehmerInnen begrenzt ist, bitten wir um Anmeldung im SPD-Bürgerbüro Porz per E-Mail unter buergerbuero-porz@web**.de** oder telefonisch unter 02203-52144.

„Programmkonferenz Arbeit“ in Bonn

Die SPD auf dem Weg zum Wahlprogramm

Globalisierung. Digitalisierung. Neue Märkte. Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Die SPD will, dass alle im Land davon profitieren – nicht nur wenige. Welche Weichen müssen dafür gestellt werden? Darüber haben fast 500 Bürgerinnen und Bürger am 25. Juni in Bonn mit Spitzenpolitikern der SPD diskutiert. Erste Schritte auf dem Weg zum Wahlprogramm für 2017.

„Wir sind die Partei der Arbeit. Und wir brauchen einen Aufbruch für unser Land und für Europa“, machte SPD-Chef **Sigmar Gabriel** zum Auftakt der SPD-Programmkonferenz „Arbeit“ deutlich. Ein Tag nach der Brexit-Entscheidung nahm Europa eine wichtige Rolle in den Gesprächen unter Genossen und mit Bürgerinnen und Bürgern ein. Europa war und ist nicht nur ein Friedensversprechen, sondern ein Wohlstandsversprechen. Und Grundlage für Wohlstand ist gute Arbeit – sicher und gerecht bezahlt.

Gute Arbeit hat mit Würde zu tun

Die Digitalisierung verspricht große Chancen für die Wirtschaft, die Gesellschaft und für jeden Einzelnen. Doch sie birgt auch Risiken. „Alte Fragen tauchen wieder neu auf“, mahnte Gabriel: „Schutz vor sittenwidrigen Arbeitsplätzen und die Ausbeutung von Arbeitskräften.“ Für den richtigen Weg in die digitalisierte Arbeitswelt brauche die Politik deshalb die Ideen der Sozialdemokratie.

Ein sicherer Job, gerecht bezahlt und mit guten Perspektiven für die Zukunft. Das erwarten nicht zuletzt junge Menschen, die ins Berufsleben starten und eine Familie gründen wollen. „Gute Arbeit ist eine Herzensangelegenheiten für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“, so betonte **Hannelore Kraft**, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen gegenüber den Gästen der Konferenz. Gute Arbeit habe nicht nur etwas mit der Bezahlung zu tun, sondern auch mit Würde. „Mit Zeit- und Leiharbeit und auch mit Werkverträgen kann man keine Familie gründen.“

Digitalisierung und sozialer Fortschritt

In mehreren Workshops diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber, wie es gelingen kann, dass technologische Innovationen auch zu sozialem Fortschritt führen. Oder ob in Zukunft jeder selbst entscheiden können soll, wann und wo er arbeiten will. Muss der Bund jetzt in die Finanzierung von Schulen einsteigen? Kein Koalitionsvertrag ohne Bürgerversicherung? Wie steht es um die Risiken für unsere Psyche und die Gesundheit, wenn wir permanent an Computern sitzen und immer und überall auch mobil erreichbar sind? Schadet Homeoffice dem Betriebsklima?

Es waren sehr intensive Debatten, an denen sich unter anderen SPD-Chef Sigmar Gabriel, Arbeitsministerin **Andrea Nahles**, SPD-Gesundheitsexperte **Karl Lauterbach**, **Lars Klingbeil**, netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Carola Reimann**, Vize der SPD-Bundestagsfraktion wie auch Betriebsräte und Vertreter von Gewerkschaften beteiligten.

„Wir nehmen die Ergebnisse mit in den weiteren Programmprozess“, sagte SPD-Generalsekretärin und Vorsitzende der Programmkommission **Katarina Barley** zum Abschluss der ersten von vier Programmkonferenzen in Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2017. „Uns ist es wichtig, den Sachverstand, der in unserer Partei steckt, mitzunehmen.

Martin Dörmann mit seinen beiden Fraktionskollegen Katarina Barley (SPD-Generalsekretärin) und Norbert Spinrath (europapolitischer Sprecher)

Zuversicht statt Angst

Von Manuela Schwesig

Aufs Ganze gesehen geht es unserem Land wirtschaftlich gut. Aber Teile der Bevölkerung kommen im Wettbewerb nicht mehr mit. Der Verdruss darüber trifft besonders die SPD. Höchste Zeit für ein neues Gesellschaftsprojekt der sozialen Gerechtigkeit.

Was ist eigentlich los in unserem Land? Die Zahl der Erwerbstätigen ist so hoch wie noch nie, die Reallöhne wachsen endlich wieder kräftig und das Rentenplus in diesem Jahr ist das stärkste seit 23 Jahren. Darüber hinaus erleben wir ein enormes ehrenamtliches Engagement auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Dies alles steht in krassem Widerspruch zur wachsenden Politikverdrossenheit, Nationalisierung und Radikalisierung einiger Bevölkerungsschichten. CDU und CSU verlieren dramatisch an Zustimmung. Mittlerweile proben viele Mandatsträger der Union den offenen Aufstand gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die lange als unantastbar galt. Aber auch die Sozialdemokratie steht in der momentanen Wählergunst nicht gut da, und es wäre falsch, dafür ausschließlich bestimmte Reformen der Agenda 2010 oder die aktuelle Flüchtlingssituation verantwortlich zu machen.

Unser Land befindet sich in einem politisierten Zustand, wie es ihn lange nicht mehr gab. Doch anders als in den politisch stark aufgeladenen siebziger Jahren, in denen eine progressive und offene Gesellschaft eingefordert wurde, verfolgen einige Kräfte heute eine rückwärtsgewandte Vision unserer Gesellschaft und grenzen Minderheiten aus. Ein undemokratisches und ungerechtes Weltbild macht sich breit, genährt von Hysterie und Verschwörungstheorien und verstärkt durch Enthemmung und Hetze in den sozialen Medien. Das rechte Parteienspektrum erstarkt. Gewalttaten gegen die Schwachen in unserem Land – selbst aus der Mitte der Gesellschaft – haben erschreckende Ausmaße angenommen. Ängste werden geschürt.

Ist die Bevölkerung von der Aufgabe, die Geflüchteten zu integrieren, einfach überfordert? Zwar sind die damit verbundenen Herausforderungen groß, dennoch spricht nur wenig für diese These. Entscheidend sind Phänomene, die im Zuge der Globalisierung der vergangenen drei Jahrzehnte entstanden sind. Für viele Menschen in unserem Land haben sich dadurch neue Verwirklichungschancen ergeben. So manche Hoffnungen und Erwartungen wurden aber auch enttäuscht. Zugleich sind im Zuge der Globalisierung neue Möglichkeiten entstanden, sich der solidarischen Gemeinschaft und gerechten Umverteilung zu entziehen. Die Deregulierung des Finanzwesens hat eine Art Kasinokapitalismus hervorgebracht, der Verantwortungslosigkeit und Intransparenz begünstigt. Der Anteil der Arbeit am Volkseinkommen verringerte sich in den vergangenen 30 Jahren systematisch, während zugleich die Bedeutung des Kapitals gestiegen ist. Einige wichtige Wirtschaftsbranchen werden heute nur noch von wenigen Anbietern dominiert. Ein Wandel der Familien- und Lebensformen hin zu mehr Pluralität, führte zu einer Zunahme der Eigenverantwortung.

Die Erwartungen an die SPD sind besonders hoch

Im Ergebnis lässt sich festhalten: Auf den ersten Blick geht es unserem Land wirtschaftlich gut: Wir haben die globalen Krisen gemeistert und können im weltweiten Wettbewerb erfolgreich bestehen. Auf den zweiten Blick wird jedoch deutlich, dass Teile der Bevölkerung bei diesem Wettbewerb nicht mehr mithalten können und sich die ungleiche Verteilung von Chancen verfestigt:

— Kinder aus armen Elternhäusern schaffen in Deutschland, verglichen mit anderen OECD-Ländern, besonders selten den Aufstieg. Die Höhe ihrer späteren Erwerbseinkommen wird maßgeblich vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern bestimmt.

— Ein Vorstandsgehalt ist hierzulande im Durchschnitt nahezu sechzigmal so hoch wie das eines Mitarbeiters. In der Automobilbranche können vereinzelt sogar Werte von weit über dem 100-fachen beobachtet werden.

— Die Lohnspreizung, trotz gleichem Ausbildungsniveau, nimmt durch die steigende Individualisierung von Arbeitsprozessen und die abnehmende Tarifbindung zu.

— Die Erwerbstätigkeit von Frauen wird durch das Steuerrecht systematisch ausgebremst. Hinzu kommt, dass ihr durchschnittlicher Bruttolohn 21 Prozent geringer ist als der von Männern.

— Unter den Alleinerziehenden – zumeist Frauen – beziehen gut 38 Prozent der Haushalte Sozialleistungen.

— Die ungleiche Besteuerung hat zur Folge, dass die Vermögen schneller wachsen als die Einkommen aus Arbeit. In der Folge gehören dem wohlhabendsten

Zehntel der Bevölkerung in Deutschland fast 60 Prozent des gesamten privaten Vermögens. Die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt dagegen nur knapp drei Prozent.

Die empfundene Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber diesen Fakten, die Angst der Menschen vor dem sozialen Abstieg oder der Frust über den nicht gelingenden Aufstieg sind die Hauptgründe für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien. Wenn sich Einsatz und Leistung nicht mehr zu lohnen scheinen, werden die gesellschaftlichen Verhältnisse zunehmend als ungerecht wahrgenommen. Der gemeinschaftliche Zusammenhalt bröckelt.

Als Sozialdemokraten sind wir deshalb seit jeher gut beraten, für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt zu kämpfen. Soziale Gerechtigkeit ist ein Maßstab, um Mindeststandards im täglichen Miteinander zu setzen und sozialen Ausgleich zu schaffen. Damit ist jedoch nicht Ergebnisgleichheit gemeint, sondern Gleichbehandlung im Sinne von gleichen Chancen für alle, die jeder entsprechend seinen Fähigkeiten nutzen kann. Im Sinne dieser Definition hat sich das Verständnis von Gerechtigkeit in unserem Land über die Zeit nicht wesentlich verändert.

Es kommt also nicht von ungefähr, dass gerade die SPD momentan mit einem bisher unbekannten Ausmaß an Frustration, Wut und Abkehr konfrontiert ist. Zwar waren wir es, die nach der Regierungszeit Helmut Kohls durch entschlossene und mutige Reformen dem „kranken Mann Europas“ wieder auf die Beine geholfen haben. Und auch in dieser Legislaturperiode sind wir die treibende Kraft für mehr soziale Gerechtigkeit: Wir haben den Mindestlohn eingeführt, Leiharbeit und Werkverträge eingeschränkt, das ElterngeldPlus eingeführt und eine verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten durchgesetzt, als ein Einstieg in mehr weibliche Unternehmenskultur. Zudem haben wir Milliardeninvestitionen durchgesetzt in Kitas, Schulen und Hochschulen, für den sozialen Wohnungsbau, für die Arbeitsmarktförderung und für die Integration von Geflüchteten. Doch die Erwartungshaltung der Menschen an die SPD ist höher als an andere Parteien.

Debatten führen, Lösungen aufzeigen

Verfestigte Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Und deshalb sind wir die Partei, die sich zu einer modernen, offenen Welt bekennt und die innerhalb dieses Rahmens Chancengleichheit gewährleisten möchte. Deshalb müssen wir jetzt die Frage beantworten, wie wir unser Land unter den Bedingungen einer globalisierten, pluralisierten und zunehmend digitalisierten Arbeits- und Lebenswelt gerechter ausgestalten wollen – und dies im Zuge einer ungebundenen, möglichst breiten und deutlich vernehmbaren Debatte. Dies ist der Schlüssel, um den Erwartungen an uns gerecht zu werden und die SPD wieder als jene politische Kraft zu stärken, die mit Zuversicht und einem klaren Auftrag an der Gestaltung der Zukunft arbeitet.

Wir müssen den Menschen eine erneuerte sozialdemokratische Orientierung anbieten, indem wir offensiv eine solidarische, egalitäre und ökologische Politik verfolgen und Lösungen für ein Gesellschaftsprojekt der sozialen Gerechtigkeit aufzeigen. Nur so werden wir der aktuell diffusen Angst in der Bevölkerung etwas entgegensetzen können.

Dabei sollten wir unbedingt vermeiden, unsere Politik so auszurichten und zu kommunizieren, dass wir unser Handeln nur auf einige ausgewählte Bevölkerungsgruppen konzentrieren wollen, weil andere im Umkehrschluss unsere politische Aufmerksamkeit nicht verdienen. Denn es entsteht eine neue Schicht Erwerbstätiger, die sich nicht so leicht umschreiben lässt, die projektbezogener arbeitet, die die digitalen Möglichkeiten nutzen möchte und ein anderes Verständnis von der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt besitzt als vorherige Generationen. Wir sollten also unsere politischen Konzepte sorgfältiger und ganzheitlicher durchdenken, um breite Bevölkerungsgruppen anzusprechen.

Zudem müssen wir mehrere Generationen im Blick haben und ihre Wünsche und Ziele mit den jeweiligen Bedingungen ihrer unterschiedlichen Lebensverläufe abgleichen. Notwendig ist auch, dass wir unsere Politik unaufgeregter erläutern: Etwa, warum es richtig und gerecht ist, eine Lebensleistungsrente einzufordern, auch wenn diese – auf Grund ihrer Leistungsbegründung – nur für einige wenige infrage kommt.

Auch die Forderung nach einem angemessenen und gerechten Rentenniveau darf nicht gleich mit dem Szenario massenhafter Altersarmut begründet werden. Gerecht ist es nämlich auch, nicht mit den Ängsten der Bevölkerung zu spielen. Fakt ist: „Alte“ wie „neue“ Arbeiter, Angestellte, Selbständige und Rentner fordern jetzt von uns Antworten. Deshalb lasst uns nicht weiter zurückschauen. Für den politischen Erfolg zählen vor allem Zukunftskonzepte.

Beim Finanzsektor genügt gutes Zureden nicht

Deshalb müssen wir beispielsweise Wege aufzeigen, wie wir die Finanzwirtschaft global eingrenzen können. Jenen Bereich, der auf Grund seiner Größe und vieler Exzesse – mit Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Schulden – Ungleichheit schürt und sich vom Wachstumstreiber zum Wachstumshemmer entwickelt. Spätestens die Panama Leaks haben gezeigt, dass die Finanzbranche vom Sinn der sozialen Gerechtigkeit nicht allein durch gutes Zureden einzelner nationaler Akteure zu überzeugen ist.

Die erheblichen Lohnunterschiede zwischen dem Finanzsektor und anderen Wirtschaftsbereichen sind zudem für die steigende Einkommensungleichheit mitverantwortlich, und der einkommensbedingte Braindrain führt gleichzeitig dazu, dass dem Finanzsektor überdurchschnittlich viele Talente zukommen, die anderweitig sicherlich mehr zum wirtschaftlichen Wohlergehen beitragen könnten.

Um stete Chancengleichheit für alle sicherzustellen, plädiere ich dafür, weitere Investitionen in Bildung als unsere vordringlichste Aufgabe anzusehen. Hier sollten wir zunächst bei den Kleinsten in unserer Gesellschaft anfangen und ihnen durch den weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau von Kitas gleiche und damit gerechte Startchancen ermöglichen. Laut OECD geben wir momentan nur rund 0,5 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für die Betreuung von Kindern im Alter unter sechs Jahren aus. Im Durchschnitt der OECD sind es hingegen 0,7 Prozent und in den skandinavischen Ländern liegen die entsprechenden Ausgaben bei nahezu 1,5 Prozent. Wir haben also Nachholbedarf.

Familiensplitting statt Ehegattensplitting

Darüber hinaus muss eine weitere massive Förderung des Ausbaus von Ganztagsschulangeboten, dualer Ausbildung und Universitäten erfolgen. Nur so können wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen. Nur so können wir die momentane Zahl von etwa 1,3 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren reduzieren, die keinen Berufsabschluss haben. Nur so erreichen wir, dass der eigene soziale Status mehr von der eigenen Leistung abhängt und weniger vom Status der Eltern. Nur so schaffen wir es, dass alle Jungen und Mädchen eine gerechte Teilhabe erleben können, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Nur so reduzieren wir den momentanen Anteil von 19 Prozent an allen Jungen und Mädchen unter 18 Jahren, die in Deutschland in einkommensarmen Haushalten leben. Soziale Mobilität zu ermöglichen, das ist das Versprechen der Sozialdemokratie.

Wollen wir stete Chancengleichheit auch durch ein gerechtes Steuerrecht sicherstellen, so gilt es hier, tradierten Rollenmustern beizukommen. Das bedeutet etwa, das Ehegattensplitting in ein sozialdemokratisches Familiensplitting zu überführen – und den Fokus auf die Kinder statt auf die Ehe zu legen. Dass Alleinerziehende, die ihre ganze Kraft der Erziehung und dem Beruf widmen, gegenüber einem Ehepaar mit Kind steuerlich benachteiligt werden, ist ebenfalls nicht gerecht und muss korrigiert werden. Wollen wir die öffentliche Daseinsvorsorge trotz des schwindenden Arbeitsanteils an der Wertschöpfung garantieren, müssen wir zwangsläufig auch über eine gerechtere Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften verhandeln.

Was ist zudem lohnenswerter, als endlich die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern anzugehen, indem wir sicherstellen, dass Frauen für gleiche Tätigkeiten genauso bezahlt werden wie Männer? Die durchschnittliche Lohnlücke zwischen den Geschlechtern beträgt immer noch 21 Prozent. Das ist der dritthöchste Wert in Europa. Für mich ist es nicht weiter hinnehmbar, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts der Respekt für ihre Arbeitsleistung verwehrt wird. Frauen verdienen mehr! Deshalb habe ich ein Gesetz für gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit eingebracht. Damit wird Beschäftigten ein individueller Auskunftsanspruch gegenüber ihrem Arbeitgeber eingeräumt, wenn sie den Verdacht haben, dass sie im Vergleich zu anderen Beschäftigten mit gleichem Anforderungsprofil ungerecht entlohnt werden. Die momentane Blockade der Unionsparteien gegen dieses Gesetz ist für mich eine weitere Bestätigung dafür, dass es die SPD ist, die für eine gerechte Zukunft gebraucht wird.

Für eine neue soziale Bewegung

Wollen wir gleiche Chancen für Familien schaffen, müssen wir uns auch Projekte vornehmen, die den Wunsch nach mehr Zeit mit der Familie erfüllen. Für beide Geschlechter ist heute eine weitgehend durchgängige Erwerbstätigkeit – auch als Mutter und Vater – selbstverständlicher Teil ihres Lebens. Gleichzeitig spüren Familien gegenwärtig einen großen Druck. Dies gilt besonders für diejenigen, die der mittleren Generation im Alter zwischen 30 und 55 Jahren angehören. Sie stellen hohe Anforderungen an sich selbst – und sind auch objektiv hohen Anforderungen ausgesetzt. Gerecht ist es deshalb, die geforderte Generation mit einer neuen Vereinbarkeitspolitik zeitlich zu entlasten. Familien muss mehr zeitlicher Spielraum für den täglichen Spagat zwischen Beruf und Fürsorgepflichten gegeben werden. Eine Familienarbeitszeit, wie ich sie bereits vor zwei Jahren in die Debatte eingebracht habe, wäre eine große sozialdemokratische Errungenschaft.

Dies alles sind politische Ziele, die viele Bevölkerungsschichten betreffen. Wir sind dabei nicht in der Defensive. Eine grundsätzliche und inhaltlich breit geführte Debatte über Gerechtigkeit wird von uns gefordert. Wenn wir sie entsprechend annehmen, bietet sich uns die Chance, jene sich in der Vergangenheit von der Sozialdemokratie abgewandten Bevölkerungsgruppen zurückzugewinnen und gleichzeitig neue Bevölkerungsschichten anzusprechen.

Wir Sozialdemokraten müssen noch energischer gegen die verfestigte und mittlerweile häufig akzeptierte Chancenungleichheit vorgehen! Es ist Zeit für eine neue soziale Bewegung. Die SPD muss der Garant dafür sein, dass das Versprechen einer egalitären Gesellschaft auch unter den Bedingungen globalen Wirtschaftens weiterhin Bestand hat. Wir müssen einen neuen Gesellschaftsvertrag des gerechten Miteinanders aufsetzen: Jeder nach seinen Fähigkeiten, bei stets gleichen Verwirklichungschancen für alle. Aufgeklärte Vernunft, sozialer und ökologischer Humanismus und eine demokratische Kultur zeichnen uns als die Partei Willy Brandts aus: mit europäischer Verantwortung und ganzer Kraft im Dienst am Frieden und sozialen Fortschritt.

Manuela Schwesig *ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Stellv. Bundesvorsitzende der SPD. Der Artikel ist erschienen in der Zeitschrift „Berliner Republik“ Nr. 3 + 4.2016*

Das Integrationsgesetz kommt!

SPD-Fraktion setzt sich in zentralen Fragen durch

Der Bundestag hat am 7. Juli in 2./3. Lesung das Integrationsgesetz verabschiedet. Damit werden erstmals verbindliche Regeln für Integration in Deutschland geschaffen. Das Gesetz verbessert die Angebote zum Spracherwerb und fördert eine schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig fordert das Gesetz die aktive Beteiligung an diesen Angeboten ein.

Die Integration auf dem Arbeitsmarkt ist einer der Pfeiler für gesellschaftliche Integration. Das Gesetz sieht daher ein Bündel von Maßnahmen vor, um die rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen: Für einen schnellen und sinnvollen Beschäftigungseinstieg legt der Bund ein Arbeitsmarktprogramm für 100.000 zusätzliche, gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten für Asylsuchende auf.

Zudem wird die Förderung der Berufsausbildung gezielter ausgestaltet. Ausbildungsbegleitende Hilfen, die assistierte Ausbildung und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen sollen je nach Zielgruppe früher als bisher zur Verfügung stehen und die Berufsausbildungsbeihilfe und das Ausbildungsgeld zum Teil erstmalig geöffnet werden.

Darüber hinaus soll es Rechtssicherheit für Flüchtlinge in Ausbildung und die auszubildenden Betriebe geben: Der Aufenthaltsstatus von geduldeten Auszubildenden in schulischer und betrieblicher Ausbildung wird so geregelt, dass eine Duldung für die Gesamtdauer der Ausbildung gilt. Bei anschließender ausbildungsadäquater Beschäftigung wird ein Aufenthaltsrecht für zwei weitere Jahre erteilt (die sogenannte „3+2-Regel“).Die derzeit hierfür gültige Altersgrenze von 21 Jahren wird aufgehoben.

Wartezeiten auf Integrationskurse werden verkürzt

Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens konnte die SPD-Fraktion durchsetzen, dass bei einem Ausbildungsabbruch die Duldung einmalig zur Suche eines neuen Ausbildungsplatzes um sechs Monate verlängert wird. Um den raschen Spracherwerb besser zu fördern, erleichtert das Gesetz den Zugang zu den Integrationskursen für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive. Unter Beibehaltung der Sprachkursanteile soll die Wertevermittlung in den Integrationskursen deutlich von 60 auf 100 Unterrichtseinheiten aufgestockt werden. Zudem sollen die Wartezeiten bis zum Zustandekommen eines Integrationskurses von bisher drei Monaten auf sechs Wochen verkürzt werden. Kursträger sind künftig verpflichtet, ihr Kursangebot und freie Kursplätze zu veröffentlichen.

Die Gesetzesvorlage beinhaltet gleichzeitig Anreize für einen schnellen Erwerb der deutschen Sprache und die frühe Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Kriterien zur Erteilung des Daueraufenthaltsrechts sollen künftig gestaffelt werden. Wer sich beim Spracherwerb und der Integration in den Arbeitsmarkt anstrengt, soll etwas davon haben. Die Anforderungen an die Integrationsleistungen berücksichtigen jedoch die besondere Situation von Flüchtenden, die nicht mit denen der Arbeitsmigration gleichzusetzen sind. Bereits nach drei Jahren wird Flüchtlingen eine Niederlassungserlaubnis erteilt, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen (Sprachniveau C1) und ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst sichern. Nach fünf Jahren erhalten Flüchtlinge eine Niederlassungserlaubnis, wenn sie es schaffen, neben weiteren Kriterien hinreichende deutsche Sprachkenntnisse (Sprachniveau A2) vorzuweisen und ihren Lebensunterhalt überwiegend zu sichern. In bestimmten Härtefällen wird von diesen Voraussetzungen abgesehen.

Mit der Einführung einer befristeten Wohnsitzzuweisung für anerkannte Flüchtlinge und Asylsuchende soll den Bundesländern die Möglichkeit gegeben werden, die Verteilung von Schutzberechtigten besser zu steuern. Die SPD-Fraktion hat darauf geachtet, dass diese Regelung einer schnellen Eingliederung in den Arbeitsmarkt nicht entgegensteht: Wer eine Berufs- bzw. Hochschulausbildung oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Umfang von mindestens 15 Stunden wöchentlich aufnimmt, die den durchschnittlichen Bedarf einer Einzelperson in der Grundsicherung für Arbeitsuchende für Regelbedarf und Kosten der Unterkunft deckt, ist deshalb von der Wohnsitzzuweisung ausgenommen.

Katja Mast, arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, und **Daniela Kolbe**, zuständige Berichterstatterin, betonen: „Die SPD-Fraktion hat deutliche Verbesserungen für Geflüchtete durchgesetzt. Flüchtlinge in Ausbildung werden besser geschützt und ehrenamtliches Engagement besser gewürdigt. Integration und Teilhabe für Menschen mit Fluchtgeschichte – noch nie waren die Rahmenbedingungen in Deutschland für sie so gut wie sie es nach Inkrafttreten des Integrationsgesetzes sein werden. Das ist ein großer Erfolg und trägt eine sozialdemokratische Handschrift.“

Bundestagsdebatte zum Brexit-Referendum

Welche Konsequenzen muss die EU ziehen?

Europa steht vor einer historischen Zäsur. Am 23. Juni hat die Mehrheit Großbritanniens per Referendum entschieden, aus der Europäischen Union auszutreten. Das hat es in der Geschichte der EU noch nicht gegeben. Am 28. Juni ist darum der Bundestag zusammengekommen, um über den so genannten Brexit zu debattieren, über die Konsequenzen, die Ursachen und auch über die Zukunft Europas.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Thomas Oppermann**, erinnerte in seiner Rede daran, dass laut einer aktuellen Umfrage 80 Prozent der Deutschen in der EU bleiben wollen – eine ähnliche Entscheidung wie in Großbritannien steht hier demnach nicht an.

Dass die EU mit den Briten einen wichtigen Akteur verliert, ist klar. Oppermann machte aber auch deutlich, wer das in großen Teilen zu verantworten hat: der noch amtierende Premierminister Cameron habe einen „riesigen politischen Scherbenhaufen“ hinterlassen. Er habe einen Konflikt in seiner Partei in „die Gesellschaft getragen und aus einer gespaltenen Partei ein gespaltenes Land gemacht“.

Was ist die Lehre aus all dem? Für Oppermann ist ganz klar: „Nationalismus stärkt nicht die Nation, sondern spaltet die Einheit der Nation!“

Er verwies auch darauf, dass die jüngeren Briten überwiegend für einen Verbleib in der Europäischen Union gestimmt hätten, und sie deshalb keine Abkapselung wollten, sondern eine „Zukunft in einem weltoffenen Europa.“ Nicht zuletzt darum müsse nun alles dafür getan werden, dass die EU zusammenbleibt.

In diesem Zusammenhang verlangte er auch zügige Austrittsverhandlungen, denn die unsichere Lage schade der europäischen und der deutschen Wirtschaft. Oppermann: „Camerons Hängepartie ist eine Zumutung für ganz Europa“.

Oppermann forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, dafür zu sorgen, dass Großbritannien jetzt keine Sonderrolle bekomme oder gar „Rosinenpickerei“ betreibe bei den Austrittsgesprächen. „Es darf keine Belohnung für einen Austritt und keine Prämie für Nationalismus geben“, sagte Oppermann vor den Abgeordneten.

Angesichts eines breiten Unbehagens über die EU forderte er eine konsequente subsidiäre Gestaltung der EU. Brüssel müsse sich auf das Wesentliche konzentrieren. Zugleich verlangte er ein europäisches Investitionsprogramm.

Der Fraktionschef skizzierte, was nun konkret geschehen muss:

1. Die Flüchtlingsfrage lösen; die europäischen Außengrenzen sichern, damit die Binnengrenzen offen bleiben.
2. Wirtschaftliches Wachstum schaffen, um die Wohlstandsversprechen für ganz Europa einzulösen.
3. Die Folgen der Finanzkrise bekämpfen; endlich eine Finanztransaktionssteuer einführen.
4. Die Währungsunion zu einer Wirtschaftsunion weiterentwickeln.
5. Den Jugendlichen in Europa eine Perspektive geben; die hohe Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.
6. In zehn Jahren über die modernste digitale Infrastruktur der Welt verfügen.

Mit sehr persönlichen Worten wandte sich die SPD-Abgeordnete und Generalsekretärin **Katarina Barley** an das Parlament. Barleys Vater ist Brite, sie selbst besitzt auch den britischen Pass. Barley erinnerte an die ermordete britische Abgeordnete Jo Cox und mahnte, die politische Debatte nicht verrohen zu lassen.

Sie machte klar, dass Großbritannien nicht bestraft werden dürfe für die Austrittsabsicht, aber dass die EU in den Austrittsverhandlungen gleichwohl konsequent sein müsse. Barley: „Die Gründerväter der Europäischen Union haben die Union als Haus gebaut, und nicht als Steinbruch, bei dem jedes Land sich sein liebstes Stück herausschlägt“. Die EU stehe für Frieden; sie wolle nicht, dass ihre Kinder in eine Welt hineinwachsen, in der EU-Staaten wieder Krieg miteinander führen.

Der europapolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Norbert Spinrath** forderte den britischen Premier Cameron auf, den Willen seines Volkes zügig umzusetzen, also unverzüglich den Antrag auf Austritt in Brüssel zu stellen. Spinrath ist sich sicher, dass die EU den Austritt verkraften wird, aber um das Vereinigte Königreich mache er sich Sorgen – stehe es doch vor einem Zerfall.

Auch Spinrath appellierte an Bundeskanzlerin Merkel, sicherzustellen, dass die übrigen 27 Staaten mit einer Stimme sprechen und das Vertrauen in die Europäische Union wiederherstellen.

→ **Positionspapier** von SPD-Chef **Sigmar Gabriel** und dem Präsidenten des Europaparlamentes **Martin Schulz** zum Brexit-Referndum: www.spd.de/aktuelles/detail/news/aufbruch-jetzt/23/06/2016/

Unkonventionelles Fracking wie in den USA wird verboten

Zu hohe gesundheitliche Risiken bei umstrittener Gasfördermethode

Mehr als ein Jahr lagen die Gesetzentwürfe zur Regulierung des Frackings und der Erdgasförderung in Deutschland vor. Sie lagen auf Eis. Die Zeit drängte, denn bisher war nach Rechtslage Fracking erlaubt. Und Anträge auf Fracking-Maßnahmen von Unternehmen sollten demnächst gestellt werden. Ende Juni ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, mit der Union eine Einigung zu erzielen, die lange nicht möglich schien.

Am 24. Juni hat der Bundestag das Gesetzespaket zu Fracking und Erdgasförderung (Drs. **18/4713**, **18/8916** und **18/4714**, **18/8907**) beschlossen.

„Unkonventionelles Fracking wird verboten, die Erdgasförderung in Deutschland wird sauber und Forschung gibt es nur mit Zustimmung der Länder“, so SPD-Fraktionsvizin **Ute Vogt**. „Das Fracking-Verbot, das wir durchgesetzt haben, ist ein großer Erfolg für den Schutz von Mensch, Natur und Trinkwasser“, sagte SPD-Fraktionsvize **Hubertus Heil**.

Die wichtigsten Punkte der gesetzlichen Regelung:

1. Unkonventionelles Fracking wie in den USA in Schiefer-, Ton- oder Mergelgestein oder Kohleflözgestein zur Aufsuchung oder Gewinnung von Erdgas und Erdöl wird unbefristet in Deutschland verboten.
2. Der Deutsche Bundestag überprüft im Jahr 2021 das Verbot von unkonventionellem Fracking. Das Parlament entscheidet dann, ob es beim Verbot bleiben soll oder nicht. Kommt der Bundestag zu keinem Ergebnis, gilt das Verbot unbefristet fort.
3. Zur wissenschaftlichen Erforschung von unkonventionellem Fracking werden bundesweit maximal vier Probebohrungen erlaubt. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung der jeweiligen Landesregierung. Eine Expertenkommission begleitet Probebohrungen wissenschaftlich und berichtet dem Bundestag.
4. Die Regeln für die herkömmliche Erdgasförderung, bei der auch das konventionelle Fracking angewandt wird, werden erheblich verschärft.

„Nach einem Jahr intensiver Beratung ist das heute vorliegende Gesetzpaket ein Riesenerfolg für das deutsche Parlament“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagfraktion, **Matthias Miersch** in der Plenardebatte. Noch vor einem Jahr habe man heftig gestritten und nun gebe es erstmals ein Verbot von unkonventionellem Fracking und das unbefristet und bundesweit. „Wenn der BDI und die Erdgaswirtschaft sagen, dass wir Fracking im Schiefergestein (unkonventionelles Fracking, d. R.) verbieten, dann können sie es denen glauben, wenn sie uns nicht glauben“ bekräftigte der stellvertretende umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Frank Schwabe** gegenüber Kritik aus den Reihen der Opposition. Und auch die Grünen hätten dort, wo sie Verantwortung in den Landesregierungen haben – wie in Niedersachsen – nie ein komplettes Verbot von Erdgasförderung gefordert, stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Bernd Westphal**, fest. Die nun vereinbarten Regelungen gingen über die Anforderungen im Koalitionsvertrag hinaus, sagte **Johann Saathoff**, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion. Sie seien nun im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gründlich und rechtssicher.

→ *Umfangreiche Erläuterungen zum Gesetzespaket und zum Thema Fracking und Erdgasförderung gibt es hier in einem FAQ: www.spdfraktion.de/themen/faq-fracking-ergasfoerderung*

Kulturgutschutzgesetz beschlossen

Handel und Schutz von Kulturgut werden neu geregelt

Der Bundestag hat das Kulturgutschutzrecht neu geregelt. Ziel ist eine effektive Bekämpfung des illegalen Kulturguthandels und ein verbesserter Abwanderungsschutz für national wertvolles Kulturgut. Nach der kontroversen Debatte der vergangenen Monate konnte die SPD-Fraktion umfangreiche Änderungen am Gesetzentwurf durchsetzen und damit eine Balance zwischen den unterschiedlichen berechtigten Interessen herstellen.

Der Bundestag hat am 23. Juni 2016 ein neues Kulturgutschutzgesetz beschlossen. „Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes setzen die Koalitionsfraktionen eines der wichtigsten kulturpolitischen Vorhaben dieser Legislaturperiode um“, betonen der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Martin Dörmann**, und der zuständige Fraktionsberichterstatter **Siegmund Ehrmann**. Das neue Kulturgutschutzgesetz (**Drs. 18/7456, 18/8908**) fasst die derzeit drei Gesetze zum Kulturgutschutz zusammen und berücksichtigt die neuesten EU-Richtlinien. Der Bundesrat hat das Kulturgutschutzgesetz am 8. Juli 2016 angenommen.

In den parlamentarischen Verhandlungen der vergangenen Wochen konnten die SPD-Kulturpolitikerinnen und -politiker viele wichtige Impulse aus Expertenanhörungen aufnehmen. Viele Neuregelungen, die in die Beschlussempfehlung des Kulturausschusses aufgenommen wurden, sind dadurch praxisnaher und rechtssicherer ausgestaltet als im ursprünglichen Regierungsentwurf. Das gilt besonders für viele Fragen nach einer gerechten Balance zwischen dem effektiven Schutz von national wertvollem Kulturgut und den Interessen der Eigentümer. Wichtig war der SPD-Fraktion darüber hinaus, die Besonderheiten von speziellen Kulturgütern zu würdigen und die illegalen Aktivitäten im Kulturguthandel effektiv zu unterbinden.

Neu sind beispielsweise die genaue Definition eines „Herkunftsstaates“ sowie die Klarstellung, was als „geeignete Unterlagen“ zu gelten hat, die zu einer rechtmäßigen Einfuhr von Kulturgut berechtigen. Damit wurden Sorgen vieler Sammler und Händler aufgenommen und ausgeräumt.

„Aufgegriffen haben wir zudem die Idee eines ‚Negativ-Attests‘. Eigentümer können ihr Kulturgut prüfen lassen, ob es „national wertvoll“ ist, erklärt Ehrmann. Zusätzlich wurde eine „Laissez-Passer“-Regelung eingeführt, wonach nur vorübergehend nach Deutschland eingeführte Kunstwerke für zwei Jahre keine Ausfuhrgenehmigung brauchen. Hier sind die Abgeordneten einem wichtigen Hinweis der Kunsthändler gefolgt, um weiterhin den kulturellen Austausch mit Spitzenwerken nicht zu beeinträchtigen. Insgesamt habe man damit „praxistaugliche Regelung geschaffen, von der viele Kunsthändler und Auktionatoren profitieren“, so Dörmann.

Im Sinne internationaler Partner wurde darüber hinaus eine sogenannte Vermutungsregelung aufgenommen, die die Durchsetzung möglicher Rückgabeansprüche von Unesco-Vertragsstaaten verbessert.

Auch Ehrmann ist zufrieden mit dem neuen Kulturgutschutzgesetz: „Mit den von uns eingebrachten Änderungen haben wir in dieser kontrovers geführten Debatte klare Verbesserungen für die Betroffenen erreichen können, ohne aber den Kern dieses wichtigen Gesetzes zu beschädigen. Wir haben damit eine gute Balance zwischen den verschiedenen berechtigten Interessen erreicht.“

Bundestagsrede von Martin Dörmann zum Kulturgutschutzgesetz

Rede in der Plenardebatte am 23. Juni 2016

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der Tat: Das geplante Kulturgutschutzgesetz haben von Anfang an kontroverse Debatten in der Kulturszene begleitet. Das hat nicht zuletzt mit der Doppelnatur von Kulturgütern zu tun. Einerseits sind sie Bestandteil der Kultur und damit der Identität einer Gesellschaft. Gerade aus diesem Grund verdienen national besonders wertvolle Kulturgüter Schutz. Andererseits sind sie aber auch Waren, mit denen gehandelt und Geld verdient werden kann. Das ist übrigens gut. Denn letztendlich sichert es dadurch langfristig das Einkommen von Künstlern. Deshalb müssen wir auch die Interessen an einem freien, freilich legalen Handel berücksichtigen.

Die Herausforderung bei dem vorliegenden Gesetzgebungsverfahren besteht also gerade darin, dieser Doppelnatur von Kulturgütern gerecht zu werden. In unserer Anhörung hat es eine der Expertinnen, Frau Professor Odendahl, gut auf den Punkt gebracht: Es geht um Kompromisse, die ausgewogen und angemessen sein müssen und letztendlich eine Balance zwischen dem kulturellen und dem finanziellen Wert von Kulturgütern wahren. Es hat sich gezeigt, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung diese Balance noch nicht hinreichend hergestellt hat. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen in guter Zusammenarbeit umfangreiche Änderungen verabredet, nämlich an insgesamt 41 Stellen.

Lassen Sie mich konkrete Beispiele nennen. Die Naturwissenschaftler haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das geplante Beschädigungsverbot für eingetragenes national wertvolles Kulturgut zu weit ging.

Denn natürlich muss es möglich sein, einen Archaeopteryx oder die Himmelsscheibe von Nebra wissenschaftlich zu untersuchen. Das leuchtet jedem ein, und das werden wir ermöglichen. Dabei müssen selbstverständlich anerkannte wissenschaftliche Standards gewahrt werden.

Ein weiteres Beispiel. Die Eintragung als national wertvolles Kulturgut und die damit verbundene Pflicht zur Genehmigung von Ausfuhren sind ein Eingriff in das Eigentumsrecht. Dieser muss angemessen und verhältnismäßig sein. Nun erweitern wir die bereits bestehende Pflicht zur Genehmigung von Ausfuhren in Drittstaaten um die Staaten der EU, machen also den Schutz effektiver. Von dieser neuen Regelung fühlen sich deshalb insbesondere Sammler und Kunsthändler verunsichert oder nachteilig betroffen. Beiden Gruppen sind wir nun sehr stark entgegengekommen, ohne allerdings die Kernzielrichtung des Gesetzes aufzugeben.

Auch dazu einige Beispiele. Die erstmalige gesetzliche Definition national wertvollen Kulturgutes schafft mehr Rechtssicherheit und erhöht übrigens die Schwelle gegenüber der heutigen Rechtslage. Es wird also künftig eher weniger eingetragen als bisher. Jedenfalls schätzen namhafte Experten die jährliche Zahl der Objekte auf unter zehn. Auch das relativiert manche Kritik, die geäußert wurde.

Wie bisher gibt es für die betroffenen Eigentümer steuer- und erbrechtliche Vorteile und eine Billigkeitsregelung im Falle der wirtschaftlichen Notlage. Und neu: Als zusätzliche Kompensationsmöglichkeit ist nun auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hinzugekommen, dass künftig der Staat zugunsten des Eigentümers ein Ankaufsangebot vorlegen kann. Der Eigentümer kann also dann sein neu eingetragenes Kulturgut gegen einen angemessenen Preis an den Staat verkaufen, selbstverständlich nur dann, wenn beide Seiten sich einigen.

In den anstehenden Haushaltsberatungen wollen wir dafür sorgen, die hierfür notwendigen Mittel einzustellen. Dadurch wollen wir zugleich ermöglichen, dass national wertvolles Kulturgut der Öffentlichkeit auch tatsächlich zugänglich gemacht wird. Es soll eben nicht im Safe verbleiben, sondern der Allgemeinheit in Museen zur Verfügung gestellt werden.

Wir schaffen zudem das Recht auf ein sogenanntes Negativattest, um Unsicherheiten im Kunsthandel auszuräumen. Künftig kann jeder Eigentümer aktiv prüfen lassen, ob sein Kulturgut eintragbar ist. Und - das ist bereits erwähnt worden - mit einer sogenannten „Laissez passer“-Regelung wird es möglich sein, Kulturgut zeitlich befristet aus dem Ausland nach Deutschland zu bringen, ohne dass eine Eintragung in die Liste national wertvollen Kulturgutes erfolgt ist. Diese Regelung sichert den grenzüberschreitenden Handel und ist gerade für Auktionshäuser und Messen relevant.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an diesen Beispielen sehen Sie, dass wir berechtigte Forderungen aufgenommen haben und angemessene, praxisnahe Lösungen erarbeitet haben. Wir haben so eine neue, eine bessere Balance hergestellt. Von daher erhoffe ich mir eine breite Zustimmung für dieses so geänderte Gesetz, und zwar nicht nur hier im Hause, sondern auch in der Öffentlichkeit. Denn Kultur ist identitätsstiftend - das ist der Kern unserer heutigen Debatte -, und wir sollten alle gemeinsam dieses Erbe pflegen und unterstützen

DigiNetz-Gesetz beschlossen

Verbilligung und Beschleunigung des Glasfaserausbaus

Das Parlament hat das Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG) in 2./3. Lesung verabschiedet. Ziel ist die Kostensenkung für den Auf- und Ausbau dieser Netze. Das Gesetz ermöglicht die kostensenkende Nutzung bereits existierender passiver Netzinfrastrukturen (etwa Leerrohre, Leitungsrohre, Einstiegsschächte).

Vorhersehbare Mitnutzungspreise durch die Entscheidungen einer zentralen Streitbeilegungsstelle schaffen hier Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Daneben erleichtert das DigiNetzG den gleichzeitigen Ausbau von Glasfaserleitungen bei öffentlich finanzierten Bauarbeiten an Verkehrswegen sowie bei der Erschließung von Neubaugebieten.

Martin Dörmann wies als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion darauf hin, dass die Koalition ihre Breitbandstrategie Schritt für Schritt umsetze. Nach der Frequenzversteigerung der „Digitalen Dividende II“ und dem höchst erfolgreichen Breitbandförderprogramm werden nun die Aspekte Kostensenkung und Synergieeffekte in den Mittelpunkt gestellt: „Mit den umfangreichen Mitnutzungsrechten und Mitverlegungsverpflichtungen im DigiNetz-Gesetz wird vor allem der Glasfaserausbau vergünstigt und beschleunigt“, so Dörmann

Im parlamentarischen Verfahren wurden Anregungen aus dem Bundesrat und der Branche aufgegriffen, etwa Bauverfahrensvorschriften bundeseinheitlich geregelt. Weiterhin sind jetzt auch Ampelanlagen mitnutzbar, was laut Dörmann mit Blick auf 5G-Antennen und automatisiertes Fahren ein großer Schritt nach vorne sei: „Wir schaffen damit eine gute Grundlage für den weiteren Weg in die Gigabitgesellschaft.“

Bundestagsrede von Martin Dörmann zum DigiNetz-Gesetz

Rede in der 2./3. Lesung am 7. Juli 2016

Das heute zu verabschiedende DigiNetz-Gesetz ist ein wichtiger Schritt für den flächendeckenden Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen in Deutschland. Vorgesehen sind beispielsweise eine verbesserte Mitnutzung bestehender Infrastrukturen durch TK-Netzbetreiber und die verpflichtende Mitverlegung von Leerrohren und Glasfaser bei öffentlichen Baumaßnahmen. Das alles wird signifikant die Kosten senken und einen wesentlichen Beitrag für einen schnelleren Breitbandausbau leisten, insbesondere auch von Glasfaserleitungen.

Die Koalition hat hiermit erneut bewiesen, dass sie nicht nur Konzepte vorlegt, sondern diese Schritt für Schritt umsetzt. Ich will an weitere Bausteine erinnern: Mit unserem Breitbandkonzept „Schnelles Internet für alle“ haben wir zu Beginn der Legislatur den Weg vorgezeichnet. Vergangenes Jahr haben wir nach einem „nationalen Konsens“ mit der Versteigerung der Frequenzen im Bereich der „Digitalen Dividende II“ nicht nur erhebliche Einnahmen für Bund und Länder generiert. Bei der Neuvergabe der Frequenzen für mobiles Breitband wurde eine fast flächendeckende LTE-Versorgungsauflage für die Mobilfunkbetreiber verankert.

Erstmals konnte mit diesen Einnahmen sowie weiteren Mitteln aus dem Bundeshaushalt ein milliardenschweres Breitbandförderprogramm auf den Weg gebracht werden. Dieses ist so erfolgreich angelaufen, dass bis Ende des Jahres alle Mittel vergeben sein werden und man sich bereits jetzt Gedanken über eine Fortsetzung machen sollte. Übrigens gehen über 70% der Fördermittel in FttB-Glasfaserprojekte und in sehr ländliche Gebiete.

Für jeden Euro öffentlicher Förderung werden zusätzlich private Investitionen in Höhe von 2 Euro ausgelöst. Bei 2,7 Milliarden Euro Fördermitteln in Bund und Ländern sind Gesamtinvestitionen von rund 8 Milliarden Euro für den Breitbandausbau zu erwarten.

Mit dem DigiNetz-Gesetz wird nun ein weiterer Baustein unserer Strategie für einen beschleunigten Breitbandausbau gesetzt: Kostensenkung und verbesserte Synergien.

Dieser Bereich ist extrem wichtig, da grob geschätzt bis zu 80% der Ausbaukosten auf Hoch- und Tiefbauarbeiten entfallen, die insbesondere in dünn besiedelten Regionen überproportional hoch sind. Sie sind dort der Grund für Wirtschaftlichkeitslücken, die Investitionen verhindern können.

Das DigiNetz-Gesetz wird diese Kosten nun spürbar senken. Bezogen auf die Gesamtinvestitionen für den Breitbandausbau rechnet die Bundesregierung mit einem Einsparpotenzial von über 20 %. Damit wird nicht nur der Netzausbau für Investoren attraktiver, sondern auch die Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher sinken.

Wie wird dies erreicht? Der Kern des Gesetzentwurfs sind umfassende entgeltliche Mitnutzungsansprüche der TK-Netzbetreiber an bestehenden Infrastrukturen aller Art. Nun werden im Grunde alle Hohlräume und Trägerinfrastrukturen für eine Mitnutzung durch Telekommunikationsanbieter zulässig. Diese Mitnutzung kann auch verweigert werden, etwa bei Anhaltspunkten für Gefährdungen für Gesundheit oder Sicherheit. Auch bei schon bestehender Glasfaserinfrastruktur kann Mitnutzung abgelehnt werden, um Überbau und Entwertung von hochwertigen Investitionen zu verhindern.

Außerdem sollen bei allen öffentlich finanzierten Baumaßnahmen bedarfsgerecht Leerrohre und unbeschaltete Glasfaser mitverlegt werden. Bei Neubaugebieten soll dies immer der Fall sein. Dies macht eine spätere Anbindung an die Hochleistungsnetze sehr viel einfacher und kostengünstiger.

Gegenstand des Gesetzes ist auch ein transparenteres Informationssystem. Die Bundesnetzagentur wird mit 29 neuen Planstellen als nationale Informations- und Streitbeilegungsstelle fungieren und regulatorisch die neuen Maßnahmen begleiten. Das schafft zügige Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir den Gesetzentwurf der Bundesregierung noch einmal qualitativ deutlich verbessert. Hierbei wurden Anregungen des Bundesrats und aus der Branche aufgegriffen und umgesetzt.

Entgegen des ersten Ansatzes werden Bauordnungsvorschriften und Genehmigungsfristen nun bundesseitig einheitlich geregelt. Außerdem werden Ampelanlagen und Laternenmasten als Trägerstrukturen mitnutzbar, z. B. für zukünftige 5G-Mobilfunksender und automatisiertes Fahren. Zudem haben wir erhebliche Präzisierungen zur Versorgung am und im Gebäude eingebracht.

Das DigiNetz-Gesetz ist ein komplexes Maßnahmenpaket. An mehreren Stellen sind wir über die Vorgaben der EU-Transparenzverordnung hinausgegangen, die es umzusetzen galt. Wir sind sicher, dass die kostendämpfende Wirkung schnell spürbar sein wird. Hochleistungsfähige Technologien wie Glasfaser werden besonders gestärkt. Das zahlt nicht nur auf unser ehrgeiziges Zwischenziel von flächendeckend mindestens 50 Mbit/s bis 2018 ein. Es ist auch die Voraussetzung für den weiteren Weg in die Gigabit-Gesellschaft.

Zusammengefasst: Nachdem wir bereits erfolgreich die „Digitale Dividende II“ gehoben und ein umfassendes Breitbandförderprogramm auf den Weg gebracht haben, setzen wir mit dem DigiNetz-Gesetz einen weiteren Meilenstein unserer Breitbandstrategie um. Es wird deutlich: Wir erarbeiten nicht nur gute Konzepte, wir setzen sie auch konsequent um!

EEG-Novelle

Kostendynamik durchbrechen, Ausbau planvoll vorantreiben

Die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien will die Koalition fortsetzen und ihre Weiterentwicklung für alle Akteure verlässlich gestalten. In der aktuellen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geht es darum, die Kostendynamik zu durchbrechen, den Ausbau der erneuerbaren Energien planvoll voranzutreiben und sie weiter an den Markt heranzuführen. Um die Akteursvielfalt zu erhalten, wird für so genannte Bürgerenergiegesellschaften die Teilnahme an Ausschreibungen für Onshore-Windprojekte erleichtert.

Am 8. Juli hat der Bundestag die EEG-Novelle 2016 in 2./3. Lesung beschlossen. EEG steht für Erneuerbare-Energien-Gesetz. Die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien will die Koalition fortsetzen und ihre Weiterentwicklung für alle Akteure verlässlich gestalten. In der aktuellen Novelle geht es darum, die Kostendynamik zu durchbrechen, den Ausbau der erneuerbaren Energien planvoll voranzutreiben und sie weiter an den Markt heranzuführen.

Die Novellierung des EEG ist dabei durch zwei Kernvorhaben geprägt:

Zum einen soll die Einspeisevergütung für Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen zukünftig wettbewerblich im Rahmen von Ausschreibungen ermittelt werden. Um die Akteursvielfalt zu erhalten, wird für so genannte Bürgerenergiegesellschaften die Teilnahme an Ausschreibungen für Onshore-Windprojekte erleichtert.

Zum anderen erfolgt durch die Ausschreibungen eine Mengensteuerung, um den Ausbau der Erneuerbare-Energien-Anlagen stärker mit dem Netzausbau zu synchronisieren. Auf der Grundlage eines novellierten Referenzertragsmodells sollen zukünftig die weniger windhäufigen, aber wirtschaftlich ertragreichen Standorte mit Blick auf die Ertragssituation eine vergleichbar hohe Prämie erhalten wie Anlagen an windreichen Standorten. Damit sollen der Ausbau gleichmäßiger im Bundesgebiet verteilt und die Übertragungsnetze entlastet werden.

Außerdem wird der Ausbaukorridor von Wind-Onshore-Anlagen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und im Norden von Hessen auf 58 Prozent des bundesweiten Zubaus der Jahre 2013 bis 2015 reduziert, um die Ausbaugeschwindigkeit in Netzengpassgebieten zu reduzieren und die Übertragungsnetze zu entlasten. Insbesondere der Ausbau von Wind-Onshore in den windstarken Gegenden im Norden hat dazu geführt, dass der Ausbau weit über dem Korridor von 2500 Megawatt pro Jahr lag.

Zur Einordnung:

Mit einem Bündel gesetzlicher Maßnahmen hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) den notwendigen Rahmen für einen nachhaltigen Erfolg der Energiewende geschaffen. Ein verlässlicher, planbarer Ausbau der erneuerbaren Energien ohne negative Kostenspirale für Verbraucher und Unternehmen – diese wichtigen Ziele hat die SPD-Fraktion erreicht.

In Zukunft geht der Ausbau der erneuerbaren Energien Hand in Hand mit dem Ausbau der Stromnetze. Denn Strom zu produzieren, der nicht beim Kunden ankommen kann, verursacht vor allem eines: sinnlose Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher. Künftig tragen Ausschreibungsverfahren zur besseren Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren bei. Gleichzeitig sorgen sinnvolle Ausbaukorridore für eine nachhaltige Förderung erneuerbarer Energien.

Ein wichtiger Erfolg ist zudem, dass die Sozialdemokraten eine Regelung durchgesetzt haben, die Bürgerenergiegesellschaften besserstellt als große Unternehmen. Sie müssen für ihre Teilnahme an den Ausschreibungen keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung vorlegen und sparen sich damit die hohen Vorlaufkosten.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann betont: „Mit der Reform des EEG und anderer energiepolitischer Gesetze haben wir in den zurückliegenden Monaten ein hochkomplexes, für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes enorm wichtiges Mammutprojekt zu einem erfolgreichen Ende geführt. Ich finde, angesichts der Vielzahl von Einzelinteressen ist das eine Leistung, auf die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz sein können.“

Sexualstrafrecht wird verschärft

„Nein heißt Nein!“

Mit der Reform des Strafgesetzbuches hat der Bundestag den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung deutlich gestärkt. Vor allem der Grundsatz „Nein heißt Nein“ wird endlich im Strafrecht verankert. Damit kann die so genannte Istanbul-Konvention des Europarates in deutsches Recht umgesetzt werden. Künftig wird jede Form der nicht einvernehmlichen sexuellen Handlung unter Strafe gestellt. Das ist ein Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht, der aus Sicht der SPD-Fraktion nötig und überfällig war.

Nach mehrmonatigem Ringen innerhalb der Regierung und zwischen den Bundestagsfraktionen haben die Bundestagsabgeordneten Ausweitungen und Verschärfungen im Sexualstrafrecht im Strafgesetzbuch beschlossen (**Drs. 18/8210, 18/8626**). Dank eines umfangreichen Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU/CSU zum Gesetzentwurf der Bundesregierung wird das sexuelle Selbstbestimmungsrecht im Strafrecht endlich umfassend zur Geltung gebracht.

„Es war ein langer Weg: Jetzt kommt es im Sexualstrafrecht zu einem historischen Paradigmenwechsel. Wir schließen mit der Gesetzesänderung Lücken im geltenden Strafrecht und kommen dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach, sexuelle Handlungen gegen den Willen einer Person grundsätzlich unter Strafe zu stellen. Dass viele Fälle, die nach dem Strafempfinden der Bevölkerung nach aktueller Rechtslage nicht strafbar sind, ruft zu Recht großes Unverständnis hervor“, sagt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Eva Högl**.

„Nein heißt Nein“ – Umsetzung der „Istanbul-Konvention“

Kern der Reform: Künftig soll im Sexualstrafrecht das Prinzip „Nein heißt Nein“ gelten. Damit wird eine alte Forderung der Frauenbewegung erfüllt. Mit der Verschärfung des Vergewaltigungsparagraphen wird künftig jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe gestellt. Danach macht sich strafbar, „wer gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt“. Ein erkennbares „Nein“ – ob verbal oder nonverbal ausgedrückt – darf künftig nicht mehr übergangen werden – auch wenn der Täter bzw. die Täterin keine Gewalt anwendet oder Drohungen „gegen Leib und Leben“ ausspricht. Damit wird künftig verhindert, dass Fälle straflos bleiben, weil sich das Opfer zum Beispiel aus Angststarre oder der Furcht vor weiteren gravierenden Verletzungen nicht zur Wehr setzten konnte.

Mit dieser Gesetzesänderung wird Deutschland auch endlich dem Übereinkommen des Europarats „zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ vom 11. Mai 2011 gerecht. Darauf haben die SPD-Abgeordneten schon seit Jahren hin gedrängt. Diese sogenannte Istanbul-Konvention, die von Deutschland gezeichnet wurde, verlangt, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen.

Der dafür neu eingeführte Delikt „sexueller Übergriff“ soll mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zehn Jahren bestraft werden. Gleichzeitig bleibt auch „Vergewaltigung“ als Delikt erhalten, als besonders schwerer Fall der sexuellen Nötigung, bei der der Täter zum Beispiel den Beischlaf mit dem Opfer erzwingt. Hier beträgt die Mindeststrafe wie bisher zwei Jahre.

Neuer Straftatbestand „Sexuelle Belästigung“

Im Zuge der Neuregelung soll auch der Straftatbestand „Sexuelle Belästigung“ eingeführt werden, der sich gegen „Grapscher“ richtet. Eine „sexuelle Belästigung“ liegt nach der Gesetzesreform dann vor, wenn jemand „eine andere Person in sexuell bestimmter Weise berührt und dadurch belästigt“. Das Delikt kann mit Haft bis zwei Jahren oder Geldstrafe sanktioniert werden. Bisher war selbst ein Griff an die weibliche Brust oder in den Schritt oft straflos, wenn er über der Kleidung erfolgte. Künftig kommt es darauf nicht mehr an. „Damit beseitigen wir eine Schieflage, denn bisher ist die sexuelle Belästigung nur strafbar, wenn sie am Arbeitsplatz stattfindet“, erklärt Högl.

Diese Änderung ist eine Reaktion auf die Vorfälle der Kölner Silvesternacht. Sie wird künftig aber auch beim Münchener Oktoberfest und ähnlichen Festen Bedeutung bekommen.

Künftig wird auch bestraft, wenn Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aus Gruppen heraus begangen werden. Dafür wurde der Tatbestand „Straftat aus Gruppen“ geschaffen. Der Anwendungsbereich für dieses neue Delikt, das auf Drängen der Unionsfraktion in den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen aufgenommen wurde, ist jedoch relativ gering. Denn die Beihilfe zu Sexualstraftaten ist heute bereits strafbar und die gemeinschaftliche Begehung wirkt sogar strafschärfend. Grundsätzlich macht sich jemand strafbar, der in einer Gruppe ein Opfer „bedrängt“, um Straftaten zu begehen. Der neue Straftatbestand kann aber vor Gericht greifen, wenn sich eine Gruppe zum Beispiel verabredet hat, um Opfer zu bestehlen, die Situation dann aber zu Sexualstraftaten genutzt wird.

Das Gesetz ist ein entscheidender Schritt zur Stärkung des sexuellen Selbstbestimmungsrechts und ein großer Erfolg für die Frauen der CDU/CSU und der SPD, auf deren Initiative der Änderungsantrag maßgeblich zurückgeht. Eine Modernisierung des Sexualstrafrechts wurde lange diskutiert, die SPD-Fraktion hatte sich immer für den Grundsatz ‚Nein heißt Nein‘ eingesetzt. „Erst durch die Ereignisse der Silvesternacht in Köln kam eine gesellschaftliche Debatte in Gang, die nun auch innerhalb der Unionsfraktion zu einem Umdenken geführt hat“, sagt Högl. Es sei gut, dass der Bundestag mit dem heutigen Beschluss das

Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärkt. „Wer sich über ein ‚Nein!' zu einer sexuellen Handlung hinweg setzt, wird jetzt endlich konsequent bestraft. Das ist ein großer Erfolg", betont sie. **Carola Reimann**, ebenfalls SPD-Fraktionsvizin, verspricht sich von der Rechtsverschärfung auch eine stärkere Sensibilisierung der Gesellschaft in Bezug auf sexuelle Übergriffe. Nach Abschluss des Verfahrens im Bundestag muss nun noch der Bundesrat über den Gesetzentwurf beraten. Dies wird voraussichtlich am 23. September 2016 sein.

Gespräch am Rande der Abstimmung des Gesetzentwurfs

Mehr Schutz für Prostituierte beschlossen

Prostitutionsgewerbe wird umfassend reguliert

Mit einem neuen Gesetz stärkt die Koalition das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Prostituierten und schützt sie besser vor nicht hinnehmbaren Arbeitsbedingungen und vor Ausbeutung und Gewalt.

„Es ist schwieriger, in Deutschland eine Pommesbude zu eröffnen als ein Bordell", sagte die Bundesfrauenministerin **Manuela Schwesig** bei der Einbringung des Gesetzes in den Deutschen Bundestag (**Drs. 18/8556**). Kernelement des Gesetzes, ist die Einführung einer Erlaubnispflicht für alle Prostitutionsstätten. Darunter fallen nicht nur Bordelle und bordellartige Betriebe, sondern auch alle anderen gängigen Geschäftsformen gewerblicher Prostitution (wie etwa Prostitutionsfahrzeuge, -veranstaltungen oder -vermittlungen).

Zukünftig muss sich jeder Betreiber bzw. jede Betreiberin einer Zuverlässigkeitsprüfung unterziehen. Damit soll ausgeschlossen werden, dass vorbestrafte Menschenhändler ein Bordell betreiben dürfen. Außerdem muss jeder Betreiber ein Betriebskonzept vorweisen können und gesundheitliche, räumliche und hygienische Mindeststandards einhalten.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesetzes liegt auf der gesundheitlichen sowie der rechtlichen Aufklärung und Beratung für alle Prostituierten. Diese ist zukünftig verpflichtend mit einer Anmeldung verbunden und soll einmal im Jahr, bei Prostituierten unter 21 Jahren halbjährlich durchgeführt werden. Ziel ist es, dass Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter sehr früh und regelmäßig über ihre Rechte und Pflichten sowie vorhandene Unterstützungsangebote informiert werden.

Im parlamentarischen Verfahren war es den SPD-Bundestagsabgeordneten besonders wichtig, käuflichen Sex nicht moralisch zu verurteilen. Bei allen neuen Maßnahmen gehe es darum, das Prostitutionsgewerbe zu regulieren und die in der Prostitution tätigen Frauen und Männer besser zu schützen, stellten SPD-Fraktionsvizin **Carola Reimann** und der frauenpolitische Fraktionssprecher **Sönke Rix** bereits in der ersten Bundestagsdebatte klar.

Das Gesetz soll zum 1. Juli 2017 in Kraft treten, damit die Bundesländer ausreichend Zeit für die Umsetzung der Regelungen haben.

Der frauenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sönke Rix (Mitte) kam Ende Juni zu einer von Jochen Ott organisierten Runde mit ExpertInnen nach Köln, um über den Gesetzentwurf zu diskutieren

Auslandssender Deutsche Welle auf gutem Kurs

135 Millionen Menschen nutzen jede Woche das Angebot der DW

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause kann die Deutsche Welle sehr erfreuliche Neuigkeiten berichten: Nutzung und Zufriedenheit mit den Angeboten sind im ersten Halbjahr 2016 erneut deutlich gestiegen. 135 Millionen Menschen weltweit – und damit 34 Prozent mehr als noch vor drei Jahren – nutzen inzwischen wöchentlich die Angebote der Deutschen Welle – ein großer Erfolg aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auslandssenders.

Beigetragen zu diesem Erfolg haben nicht zuletzt der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung – mit der Erhöhung des DW-Haushalts für 2016. Dieser Etat hat es ermöglicht, den Weg zu besseren Angeboten, stärkerer Sichtbarkeit und höherer internationaler Relevanz fortzusetzen.

„Die Deutsche Welle ist eine Stimme der Freiheit in einer unruhigen Welt, in der Meinungsfreiheit in vielen Ländern bedroht ist“, so Verwaltungsratsmitglied **Martin Dörmann.** Der Sender wird international wieder als wichtige Stimme Deutschlands wahrgenommen. Das ist in international bewegten Zeiten wie diesen nicht hoch genug zu schätzen. Die Programmangebote gewinnen internationale Preise, auch das Design und die Marke wurden 2016 ausgezeichnet.

Man möchte sich in Europa in wichtigen Regionen noch stärker mit Angeboten positionieren, die die deutsche Perspektive erklären und für die europäischen Werte werben. Dazu zählen beispielsweise der Balkan, Polen, die Türkei und auch die Staaten, die die Hauptlast der aktuellen Flüchtlingsbewegung tragen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der arabische Raum. Auch dafür braucht die Deutsche Welle die starke Unterstützung der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages.

Die Deutsche Welle wird ihre Angebote in 30 Sprachen weiter stärken. So startet Anfang 2017 im linearen TV der deutsche Kulturkanal, der an Deutschland interessierten Menschen im Ausland spannende Einblicke in unser Land und unsere Gesellschaft ermöglichen soll. Er wird gleichzeitig helfen, im digitalen Zeitalter die Angebote der DW stärker von den längst auch im Ausland empfangbaren Inlandsangeboten zu unterscheiden und er wird unseren Auftrag unterstützen, die deutsche Sprache zu fördern.

Koalitionsantrag zur weiteren Aufarbeitung der SED-Diktatur

Roland Jahn erneut zum Leiter der Stasiunterlagenbehörde gewählt

Im Koalitionsvertrag hatten sich SPD und Union auf eine Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) verständigt. Diese wurde am 4. Juli 2014 mit einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eingesetzt.

Der Abschlussbericht liegt dem Bundestag seit dem 12. April 2016 vor. Die einzelnen Handlungsempfehlungen hätten nun diskutiert und das Für und Wider abgewogen werden müssen. Der Bundestag hatte diesen Prozess mit einem Fachgespräch am 27. April 2016 begonnen. Wie zu erwarten, sind dabei bekannte Kontroversen erneut zu Tage getreten. Jetzt wäre es an der Zeit gewesen, die Kommissionsempfehlungen in der Koalition zu bewerten – selbstverständlich unter Einbeziehung der kritischen Stimmen. Schließlich war im Einsetzungsbeschluss zur Expertenkommission vereinbart worden, noch in dieser Legislaturperiode zu entscheiden. Diesem Weg hat sich die Union verschlossen.

Die Koalition verständigte sich auf die Wiederwahl von **Roland Jahn** (Foto) zum Bundesbeauftragten, die am 9. Juni 2016 im Bundestag erfolgte. Gleichzeitig beauftragten die Koalitionsfraktionen mit einem Antrag Roland Jahn und den Präsidenten des Bundesarchivs, für die Überführung der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv konzeptionell erste Schritte vorzubereiten. Die Umsetzung soll in der nächsten Legislaturperiode erfolgen. Dabei sind u. a. folgende Eckpunkte zu beachten:

- dauerhafter Erhalt des Stasiunterlagen-Aktenbestands sowie Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des Stasiunterlagen-Archivs,
- Erhalt der Zugangsregelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes,
- Verkürzung der Wartezeiten.

In ihrem Antrag betonen die Koalitionsfraktionen zudem die Bedeutung der Aufarbeitung der SED-Diktatur und bekennen sich zur Verpflichtung, authentische Erinnerungsorte zu erhalten und das Gedenkstättenkonzept weiterzuentwickeln.

Gesetzentwurf zur Änderung des Urhebervertragsrechts

Kreative haben Anspruch auf angemessene Vergütung

Kreative haben das Recht auf eine faire Beteiligung an der kommerziellen Verwertung ihrer kreativen Leistungen. Doch nach wie vor gibt es Fälle, in denen sie alle Rechte an ihrem Werk gegen eine unangemessene Einmalzahlung aus der Hand geben müssen („Total Buy-Outs“) oder den Künstlerinnen und Künstlern ein faktischer Boykott droht, wenn sie ihre Rechte wahrnehmen („Blacklisting“). Mit einem neuen Gesetzentwurf (**Drs. 18/8625**) will die Bundesregierung die rechtliche Stellung der Urheberinnen und Urheber stärken, damit sie ihren gesetzlichen Anspruch auf eine angemessene Vergütung besser durchsetzen können.

Damit soll ein wichtiges Vorhaben des Koalitionsvertrages umgesetzt werden. Die geplanten Änderungen des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) haben zum Ziel, die Vertragsparität zwischen den Urhebern und den Verwertern zu stärken – also zum Beispiel zwischen Journalisten und Zeitungsverlegern oder zwischen Schauspielern und Filmproduzenten.

Der Regierungsentwurf schlägt hierzu unterschiedliche Neuregelungen vor, die zwischenzeitlich Gegenstand einer Anhörung waren. Der Arbeitskreis Urheberrecht der SPD-Fraktion, dem auch **Martin Dörmann** angehört, hält weitere Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren für angezeigt und hat hierzu ein eigenes Papier erarbeitet.

Christian Flisek, der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßte, dass Bewegung in die Diskussion um das Urheberrecht komme: „Im Koalitionsvertrag haben wir Farbe bekannt. Wir haben gesagt, wir wollen beim Urhebervertragsrecht etwas für die Urheber tun. Wir wollen die Position der Kreativen, der Urheber in diesem Land stärken.“ Um dieses Ziel zu erreichen, werde der Gesetzesentwurf der Bundesregierung im anstehenden parlamentarischen Verfahren nochmals intensiv überprüft.

Prof. Frank Decker und Studierende der Uni Bonn zu Besuch in Berlin

Martin Dörmann lud zur Diskussion in den Bundestag

Auf Einladung von **Martin Dörmann** besuchte **Prof. Frank Decker** zusammen mit einer Studentengruppe der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn den Bundestag. Seit vielen Jahren steht Martin Dörmann mit dem renommierten Politikwissenschaftler im Austausch, der vielen bekannt ist durch seine Kommentierungen im TV-Sender Phoenix.

Diesmal standen die Fragen der Studierenden der Politikwissenschaft und Soziologie im Mittelpunkt. Nach einer kurzen Einführung in die Arbeit als Abgeordneter entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über den Politikalltag, die Herausforderungen des Rechtspopulismus und aktuelle politische Themen.

So wurde Martin Dörmann als medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion nach seiner Einschätzung zu den Medien gefragt. Würde er sich mehr Berichterstattung oder Kommentierung wünschen? „Informations- und Meinungsvielfalt sind untrennbar, und Kommentare zur Einordnung unverzichtbar. Ideal wäre für mich eine objektive Berichterstattung mit einer positiven Wertehaltung“, so Dörmann.

Altersvorsorge für freie Fernseh- und Rundfunkschaffende

„Licht am Ende des Tunnels“ beim Fachgespräch der SPD-Bundestagsfraktion

Am 9. Juni luden die SPD-Bundestagsabgeordneten **Burkhard Blienert**, **Ralf Kapschack** und **Martin Dörmann** zu einem Fachgespräch zur betrieblichen Altersvorsorge für frei tätige Fernseh- und Rundfunkschaffende. Der Fokus lag insbesondere auf der Pensionskasse Rundfunk, die den freien Beschäftigten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten seit Ende der 1960er Jahre eine branchenspezifische Altersvorsorge ermöglicht. In den letzten Monaten waren verschiedene Entwicklungen zu beobachten, die diese Versorgungseinrichtung grundlegend schwächten. Dazu gehörte der Austritt der Produktionsfirma UFA Fiction aus der Pensionskasse Rundfunk sowie diverse Probleme bei der Erstattung der Anstaltsbeiträge.

Die Gemengelage aus verschiedenen Ursachen, Beteiligten und Verantwortlichkeiten war komplex und vielschichtig. Diese Konstellation erforderte den Dialog aller beteiligten Parteien. Mit dem Fachgespräch wollte die SPD-Bundesfraktion dafür den geeigneten Rahmen schaffen. Vertreter der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, der Pensionskasse Rundfunk sowie der ver.di Fachgruppe Medien und des Bundesverbands Schauspiel folgten unserer Einladung. Bedauerlicherweise entsandten die Produzenten keinen ihrer Vertreter an den Runden Tisch.

Dennoch nahm das Gespräch eine erfreuliche Wendung. Bereits im Vorfeld versuchte die SPD-Bundestagsfraktion zwischen den Beteiligten zu vermitteln. Dabei ist insbesondere der Einsatz unseres Fraktionsvorsitzenden **Thomas Oppermann** hervorzuheben. Nicht zuletzt aufgrund der politischen Aufmerksamkeit haben sich die Beteiligten schrittweise aufeinander zubewegt. Nun zeichnet sich eine für alle Parteien befriedigende Lösung ab.

Insbesondere die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten zeigten sich hier kompromiss- und lösungsorientiert. Sie sagten zu, die Anstaltsbeiträge für alle voll- und teilfinanzierten Produktionen zu hundert Prozent zu erstatten. Bei Ko-Produktionen soll zumindest anteilig erstattet werden. Die Erstattung soll in beiden Fällen auf Nachweis erfolgen, was bedeutet, dass die Beiträge „on top“ abgerechnet werden und nicht mehr aus den Produktionsbudgets abgezweigt werden müssen. Auch geförderte Produktionen sollen künftig aus der Beitragspflicht ausgenommen sein. Diese Einigung stellt die Altersvorsorge für frei tätige Fernseh- und Rundfunkschaffende wieder auf sichere Beine!

Nun gilt es, diese Vereinbarungen schriftlich zu fassen und damit einen branchenspezifischen Kodex zu schaffen. Handlungsbedarf besteht noch in Hinblick auf die Lücken bei geförderten Fernsehproduktionen. Wünschenswert wäre außerdem der Wiedereintritt der Produktionsfirma UFA Fiction in die Pensionskasse Rundfunk sowie eine diesbezügliche Verpflichtung der privaten Sendeanstalten. „Wir bleiben dran“, kommentierte Dörmann nach dem Treffen.

Dank an das MdB-Mitarbeiterteam in Berlin

Gute Laune beim traditionellen Hoffest der SPD-Bundestagsfraktion in der „Auster“. Es soll kurz vor der Sommerpause den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Unterstützung danken. Auch Martin Dörmann bedankte ich bei seinem super Team im MdB-Büro. Von links: **Ben Ruppert**, der für einige Wochen Praktikant war, **Martin Dörmann**, **Manuela Seifert**, **Stefan Stader** und **Matthias Dahlke**

Fotoaktion für Friedensinitiative

Dem „Parents Circle Family Forum“ gehören über 600 Palästinenser und Israelis an, die Familienmitglieder durch den Konflikt verloren haben. Gefördert werden Dialog und Aussöhnung als Alternative zu Rache und Gewaltspiralen. Um diese vorbildliche Initiative zu unterstützen, fand eine Fotoaktion im Bundestag statt.

Gespräch mit Schülergruppe aus Kalk

Im Juni besuchten Martin Dörmann gleich mehrere Schulklassen aus dem Wahlkreis in Berlin. Unter anderem eine neunte Klasse der Kaiserin-Theophanu-Schule in Kalk. In der einstündigen Diskussionsrunde hatten die Schüler während ihres Besuches im Deutschen Bundestag die Möglichkeit, Fragen rund um Politik, Berlin und das Leben eines Abgeordneten zu stellen.

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

15. JAHRGANG • NR. 98 Juni 2018

STANDPUNKT

WAHLKREIS

BUNDESTAG

KÖLN

INFOS UND IMPRESSUM

SPD

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa siebenmal im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage www.martin-doermann.de** eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Druckexemplare sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

Weitere Infos bei facebook: www.facebook.com/martin.doermann

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MDB

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter)
Dr. Matthias Dahlke
Manuela Seifert

Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann
Tim Cremer (Büroleiter)
Nadesha Klugiewicz

Öffnungszeiten
Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter
Frank Heinz

Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter
Benedikt Dettling

Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2016

Sitzungswochen sind die 2., 4., 7., 8., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 27., 36., 38., 39., 42., 45., 47., 48., und 50. KW. Die Übersicht für 2016 ist abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugiewicz, Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Monika Sandel: S. 3 o.m.;
Daniel Krupka: S. 5 o.;
BPA/Atelier Scheider: S. 8 o.;
Susie Knoll: S. 12;
Metropolico.org/flickr: S. 15;
Digital Wallpaper/flickr: S. 16;
SPD-Fraktion: S. 17 o.;
Deutscher Bundestag: S. 19;
Marco Urban: S. 23 o.;
Deutsche Welle: S. 24 o.;
Sonstige: Büro M. Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint siebenmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

www.facebook.com/martin.doermann

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de